

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 Mark, monatlich 1.10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 9.50 Mark pro Quartal. Unter Abdruck: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Monat. Einget. in der Post-Regierungs-Verwaltung für 1895 unter Nr. 7125.

# Vorwärts

Rezeptions-Gebühr beträgt für die fünfzehnjährige Zeitdauer oder deren Raum 40 Mark, für Verlags- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 4 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Jun 1, Nr. 1508.

Telegraph-Adresse: „Vorwärtsdemokrat Berlin“

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 3. Juli 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Ein Sechszehn-Millionen-Tribut!

Die Aufforderung Bismarck's, die er als Gegenleistung für das Geschenk, welches ihm der „Bund der Landwirthe“ zum 80. Geburtstag machte, an die Agrarier gerichtet hat, ist nicht auf feierlichen Boden gefallen. In ebenso zynischer als egoistischer Weise empfiehlt der frühere Nationalheld seinen ostelbischen Geschäfts- und Erwerbsgenossen, ihre parlamentarische Machtstellung zu Gunsten ihres wirtschaftlichen Vortheils auszunutzen, indem er das nimmerfalte preussische Junkerthum auffordert, nur die „Interessen des Landmanns“ bei den Wahlen und in den Parlamenten zu vertreten.

Dass die von Bismarck empfohlene Politik des eigenen Profits zur Brandschätzung der breiten Massen des Volkes führen muß, ist klar und wird zum Ueberflus durch das neueste Räuberstückchen der ostelbischen Schnaps- und Getreidejunker bewiesen.

Die nackte Interessenpolitik ist das Feldgeschrei, unter dem die Getreuen des Mannes, dem „Ar und Galm“ das höchste ist, in den Kampf für die „Hebung der Grundrente“ ziehen.

Nachdem die Fortdauer der Zuderprämien und die Vorteile des Brauntweinsteuer-Gesetzes im Reichstage eingeleitet, war für die agrarischen Felder in diesem „hohen Hause“ zunächst nichts mehr zu holen, weshalb sie ihre gesetzgeberische Aktion nach Preussen verlegten. Das infolge des Dreiklassen-Wahlsystems die Karratur einer Volksvertretung darstellende Abgeordnetenhaus, sowie das fossile Ueberbleibsel feudaler Machtverhältnisse, das Herrenhaus, wurden zum Tummelplatz agrarisch-reaktionärer Forderungen und Bewilligungen ausserloren. Das Herrenhaus, in welchem mit Ausnahme einiger Professoren und Bürgermeister nur ganz echte blaublütige Aristokraten sitzen, hatte hübsch vorgearbeitet und es den agrarischen Brüdern im Abgeordnetenhaus leicht gemacht. Die in dem Eldorado des preussischen Junkerthums, dem Herrenhaus, versammelten Edelsten der Nation haben, um ihren Geldhunger zu befriedigen, ein Gesetz fabriziert, durch welches den Großgrund- und Fideikommissbesitzern Preussens ein Geschenk von etwa 16 Millionen Mark gemacht wird. Es handelt sich um die Fortführung der von Herrn Miquel, dem Liebling der Agrarier in Szene gesetzten Steuerreform, welche die Grundsteuer erläßt, um an ihre Stelle die Einkommensteuer zu setzen. Eine notwendige Folge dieser Reform besteht darin, daß diejenigen Grundbesitzer, welche bis zum Jahre 1861 von der Grundsteuer ausgenommen waren und in diesem Jahre gegen eine entsprechende Entschädigung aus Staatsmitteln den übrigen Steuerzahlern gleichgestellt wurden, die damals erhaltene Entschädigungssumme an den Staat zurückzahlen haben. So verlangte es auch der Gesetzentwurf, den die preussische Regierung dem Landtag und zwar zuerst dem Herrenhaus vorlegte. Aber Herr Dr. Miquel hatte die Rechnung ohne den Wirth d. h. die preussischen Junker gemacht. Das einfachste Rechtsgefühl hätte jeden Widerspruch ver-

stummen lassen müssen. Aber was kümmert unsere ostelbischen Granden der Wahlspruch „Noblesse oblige“. Das Verlangen der Regierung, die Entschädigung zurückzahlen, weil die Steuer nicht mehr besteht, trieb den Herrenhäusern die Hornesröthe ins Gesicht und hohnlächelnd kritisirten die Herren die Naivität der Regierung, die glaubte, Agrarier zur Erstattung einer Liebesgabe veranlassen zu können. Unter der Führung eines Herrn von Bethmann fand sich eine Majorität für das unverächtliche Verlangen, den Entschädigten das damals gezahlte Geld zu belassen. Der so abgeänderte Gesetzentwurf ging an das Abgeordnetenhaus und hier ist es dem Adel niedriger Gattung gelungen, den Gesetzentwurf seiner Standesgenossen erster Güte zur Annahme zu bringen. Das bedeutet ein Geschenk von rund 16 Millionen Mark an die Agrarier, welche sich die Herren Gesetzgeber selbst votirten.

Auch bei diesem neuesten Attentat auf die Taschen der Steuerzahler mußte der „Bruder Bauer“ als Deckmantel und Sturmbock zugleich dienen. Während feststeht, daß der weitest große Theil der in Frage stehenden 16 Millionen Mark den Großgrundbesitzern zu gute kommt, entblödet man sich nicht, die Aufforderung zu dieser schamlosen Anspülung der Steuerzahler damit zu vertheidigen, daß man dreist zu behaupten wagt, das Gesetz müsse im Interesse der Kleinbauern so gestaltet werden, wie das Herrenhaus es verlange. Die ganze Größe dieser von Moral und Anstand vollkommen unberechneten Anschauung tritt in dem Umstande zu Tage, daß von den einundfünfzig Antragstellern im Herrenhaus weit mehr als die Hälfte ein sehr starkes persönliches Geldinteresse an den von ihnen mitgesetzten Beschlüssen haben. Das anständige Bürgerthum, sowie der Proletariat halten es mit der Achtung vor sich selbst für unvereinbar, an Beschlüssen mitzuwirken, die ihre persönlichen Interessen berühren; die von Bismarck inspirirten Junker finden nichts darin, sich selbst Zuderprämien und Brauntwein-Liebesgaben zu bewilligen, und sich nebenher noch die Zurückerstattung von Grundsteuer-Entschädigungen zu erlassen. In den allerletzten Tagen noch ist es im Herrenhaus beinahe gelungen, den Fideikommissstempel von 3 auf 1 pCt. herabzusetzen, ein Versuch, der sich schließlich mit einer entsprechenden Resolution an die Regierung begnügt hat. Das nennen unsere staatszerhaltenden Politiker praktisches Christenthum und mit diesen Grundätzen glaubt man dem machtvollen Vordringen der Sozialdemokratie Einhalt zu thun. O sancta simplicitas! Doch zurück zu dem Kleinbauern, für den die Wirbich und Genossen ihren Beschluß gefaßt haben. Die Ehrlichkeit des im Herrenhaus vertretenen Großadels wird durch folgende Statistik illustriert, die — welche Fronte des Schicksals — nicht etwa von einem Gegner der „nothleidenden Landwirthschaft“ aufgemacht ist, sondern die Herr Dr. Miquel, den die Agrarier inbrünstig als ihren Retter und Schutzpatron verehrten, zum Besten gegeben hat. Gegenüber der Behauptung, daß überwiegend Kleinbauern zur Rückzahlung der Entschädigung verpflichtet

sein würden und daß man diesen von Sorge und Noth bedrückten Landwirthen nicht zumuthen könne, eine solche Last auf sich zu nehmen, hat der preussische Finanzminister folgende Angaben gemacht. Bei seinen Ausführungen stützte sich der Minister auf Ermittlungen, die sich auf ein Drittel der in betracht kommenden Fälle erstrecken. Hiernach sollen zurückzuerstatten 18 524 Pflüchtige, etwa 50 pCt. der damaligen Empfänger, die Summe von 4 360 917 M. Die Kategorien nach der Höhe der zurückzuerstattenden Geldbeträge ergeben folgendes Bild.

Unter 50 M. 13 232 Pflüchtige mit 202 874 M., auf den Kopf entfallen 15,70 M.  
Von 50—100 M. 1909 Pflüchtige zahlen 184 419 M. gleich 70,40 pro Kopf. Von 100—250 M. 1650 Pflüchtige insgesamt 256 461 M., pro Kopf 155,50 M. Von 250 bis 500 M. Beträgen 687 Pflüchtige sollen zurückzahlen 241 709 M., pro Kopf 351,80 M. Von 500—1000 M. 387 Pflüchtige sollen zurückzahlen 265 323 M., auf den Kopf 688,60 M. Beträge über 1000 M. 659 Pflüchtige sollen zurückzahlen 3 260 131 M. oder 4947,10 M. auf den Kopf. Nach diesen ministeriellen Angaben umfaßt die Gruppe der Beträge unter 50 M. mehr als 2/3 aller Pflüchtigen; dieselben hätten aber wieder zurückerstattet weniger als 1/10 des Gesamtbetrages. In der Gruppe Beträge über 1000 M. sind aber nur 659, also etwas über 1/100 aller Pflüchtigen. Dieselben sollen aufbringen etwa 1/4 des Gesamtbetrages. Die Gruppe Beträge unter 1000 M. umfassen 2/10 aller Pflüchtigen und nur 1/4 des Gesamtbetrages. Aus diesen Darlegungen geht unwiderleglich hervor, daß die agrarische Forderung von kraßem Eigennutz diktiert ist. Es ist eine Lüge, daß die Interessen der Kleinbauern den Verzicht auf die Rückerstattung der erhaltenen Beträge erfordern und es ist die vollendetste Agrar-Demagogie, bei dieser Frage der Kleinbesitzer Interessen in den Vordergrund zu schieben, während es sich thatsächlich nur darum handelt, ein Gesetz zu schaffen, bei dem die Großgrundbesitzer ihre Millionen im Saß behalten.

In Wirklichkeit steht die Sache so, daß es sich wieder um einen Raubzug der ostelbischen Granden handelt. Von den Grundsteuer-Entschädigungs-Kapitalien, die seinerzeit gezahlt wurden, sind 22 Millionen Mark auf das platte Land der östlichen Provinzen Preussens entfallen. Von diesen 22 Millionen entfielen 17 auf die Gutsbezirke, d. h. also überwiegend an Großgrundbesitzer, so daß diese mit 77 pCt. an der Entschädigung partizipirten. Diese Zahlen beweisen, daß nicht die Kleinbauern durch die Rückzahlung der damals gezahlten Entschädigung belastet werden, sondern daß die agrarischen Fürsten, Grafen und Barone, die ostelbischen Magnaten davon betroffen würden. Aber in Geldsachen hört bekanntlich die Gemüthlichkeit auf und wenn unsere Junker die Klinker der Gesetzgebung in Bewegung setzen, dann thun sie es, um zu profitieren, nicht aber um aus eigener Tasche Ausgaben zu leisten. Für die Söhne die profitablen Aemter und Stellen, für sich selbst Geldzuwendungen, so verlangt es ein reichthiges Junkerherz, und dem Staat gegenüber haben die

### Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

#### Berliner Märztage.

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

Dichter und dichter wurde die Menge der Schaulustigen, die sich am Anblick des gelungenen Werkes begeisterten, um dann kampfesfreudig auf ihre Posten zurückzukehren. Jetzt kam von der Rossstraße her ein merkwürdiger Zug, vor dem die Barrikaden in dieser Straße sich bereitwillig öffneten: voran ein seltsam ausgeputzter Reiter auf einem lahmen Schimmel, einen furchtbaren Palasch schwingend, zwei Pistolen in dem breiten, buntgefärbten Gürtel, und hinter ihm her ein Dugend phantastisch gekleideter, mit Schärpen geschmückter Mädchen. Jede der Schönen trug einen Korb voll frisch angefertigter Patronen und eine große braune Kaffeekanne.

„Sieh' da, der Pole!“ flüsterte Florian lächelnd dem Buchdrucker zu. „So hat er doch Wort gehalten und kommt hoch zu Ross in das Gefecht geritten!“

„Aber das ist ja...“ Deren Kimmlein's Schimmelstute, so wahr ich lebe!“ rief Ephraim Fisch, der mit Grams und etlichen anderen von seinem Posten herbeigeeilt war.

„Der hat die alle Schindmöhre sich auch nicht dräumen lassen, der se noch mal 'ne Revolution mitmachen wird!“ versetzte spöttisch Frihe Grams.

Endloser Jubel umtoste Herrn Kasimir und seine Amazonen. Ein herrlicher Barrikadenkämpfer — das war so recht ein Einfall nach dem Herzen des Berliner. Ein Hoch, ein Hurrah über das andere ertönte auf den wackeren

Polen, auf sein lahmes Ross und die Damen des gelben Hauses, aus denen er seine Leibgarde formirt hatte. Niemand vielleicht hatte man diesen „Ausgestoßenen“ der Gesellschaft so viel natürliche Herzlichkeit entgegengebracht. In Ru waren die Patronen, die sie herangebracht hatten, unter die Büchsenhülsen vertheilt, die Kaffeekrüge aber wanderten zu den Schanzarbeitern hinüber, die sich nach gethanem Werke an dem warmen Trank erquickten.

„Hurrah, Mädchen, davon kennt 'r noch mehr besorgen,“ meinte ein armes, dürres Schifferlein, das wacker an dem Walle mitgearbeitet hatte und vielleicht in seinem Leben zum ersten Male richtigen Bohnenkaffee trank.

„Wird geschuhn, Herr Deutscher,“ versetzte der Schimmelreiter in dem Schnürrock — „ganzes Vorrath der Rossstraße haben wir gekauft, wenigstens zwei Zentner.“

Eine allgemeine Lustigkeit hatte sich der Kämpfer bemächtigt. Es war, als ob sie nach der nervösen Anspannung der letzten Stunden für einen Augenblick frei aufathmeten und sich in der ungewohnten Lage, die im Ungeschehen der ersten Leidenschaft geschaffen worden, sicher zu fühlen begannen. Das Kraftbewußtsein wuchs, schon waren die Kugeln und Bajonnette, die Lanzen und Säbel der Feinde ihnen nicht mehr furchtbar. Mit brausenden Aufen wurde jeder neue Trupp begrüßt, der zur Verstärkung heranmarschirte. Jetzt kam auch Bruno Volksmuth mit einer Schaar von Bewaffneten — Studenten zumeist und Maschinenbauern, die er von Vorfis, Egells und den anderen großen Fabrikten zusammengeholt hatte. Das erste beste Stück Eisen hatten sie ergriffen und zur Waffe für den bevorstehenden Kampf umgewandelt. An Bruno's Seite marschirte Anton Korwalla, eine wichtige Eisenstange quer über der Schulter tragend. Sein blihendes Auge hatte Hartung erpäht, er eilte freudig erregt auf ihn zu und schüttelte seine Rechte.

„Ist's also wirklich wahr — wir sollen mit denen dort sechten?“ fragte er mit einem flammenden Blick nach dem Schloßplatz, von dem man ihn jüngst als zerklumpte Vagabunden abgeführt hatte. „Und wo ist Eisbeth mit den Kindern?“

Hans beruhigte ihn über das Schicksal der Seinigen. „Dann laßt mich nur voran — ich hab' hier ein besonderes Wort dreinzureden,“ versetzte der Schloffer, indem er sich durch die Menge nach der Barrikade den Weg bahnte.

Bruno Volksmuth berichtete über seine Erlebnisse seit der Trennung von Hans — wie er von der Aula der Universität mit etlichen Kommilitonen zu den Maschinenbauern geeilt wäre, wie sie, gegen hundert Mann stark, durch die Oranienburgerstraße und am rechten Spreerufer vordringend, die Bismarckstraße erreicht hätten. Er konnte das Gerücht bestätigen, welches mit Blitzeschnelle die Stadt durchheilt hatte: daß am Oranienburger Thor bereits mit Kartätschen auf das Volk geschossen worden und ein halbes Duzend Todter und Verwundeter auf dem Plage geblieben sei.

Ein wilder Schrei der Entrüstung folgte seinem Berichte. Drohend ballten sich die Fäuste, die Waffen wurden trotziger umklammert, und unwillkürlich drängte alles nach der Barrikade. Schon schickten die Verwegenen sich an, über Wall und Graben zu klettern und sich den Soldaten entgegenzuführen — da bestieg Hans Hartung die Brüstung und versuchte in kurzen und packenden Worten die Erregten zu beschwichtigen.

„Würger! Kampsgenossen!“ begann er — „Ist's Euch denn etwas so Neues, daß jene dort ohne Bedenken das Blut des Volkes vergießen? Ist's denn zum ersten Mal heut geschuhn? Stehn wir nicht deshalb gerade hier hinter der Barrikade, weil wir es nicht länger leiden wollen, daß

den Brauer John Grunewald.

Wie festgestellt ist, leben Sie, obwohl Sie russischer Unterthan sind, ohne besondere Erlaubnis in Preußen und seit 24. Juni 1893 in Stettin. Da Sie seit 30. v. M. ohne Beschäftigung sind und seit dieser Zeit unter den Brauereiarbeitern in einer Weise agieren, die den Frieden zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber stören muß, so ist Ihre Aufenthalt hier dem Publikum lästig. Dies ist Veranlassung, daß Sie, wie hiermit geschieht, aus Preußen verwiesen werden. Demzufolge werden Sie angewiesen, in kürzester Frist Preußen zu verlassen und nach Rußland zurückzukehren. Weissen Sie nicht Folge, dann haben Sie zu gewärtigen, daß Ihre transportweise Ueberführung nach Rußland im Zwangswege erfolgt. (§ 132 § Landes-Verwaltungs-Gesetz.)

In Vertretung:  
Führ. v. Hülsestein.

Hier liegt eine ungesetzliche Maßnahme der Stettiner Behörde vor. Nach unseren herrlichen Gesetzen hat die Polizeibehörde leider das Recht, den russischen Staatsbürger auszuweisen, aber es liegt gar keine Veranlassung vor, den Mann die Grenze, über die er Deutschland verlassen will, vorzuschreiben. Hoffentlich unterläßt Grunewald nicht, sich über seine Maßnahmen auf schnellstem Wege direkt beim Minister des Innern zu beschweren. Vielleicht hat man dort weniger Bereitwilligkeit Rußland gefällig zu sein, als auf dem Stettiner Polizeipräsidium. —

**Gefängnisurlaub wegen Teilnahme an einem Kriegerverbandesfeste.** Der „Rhein.-Westf. Arbeiter-Zeitung“ wird von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß ein gegenwärtig wegen gemeiner Prügelei 3 Monat Gefängnis im hiesigen Gerichtsgefängnis verbüßender Strafgefangener auf Anordnung eines hiesigen höheren Richters am Sonnabend Abend 6 Uhr bis Montag Abend 6 Uhr aus dem Gefängnis entlassen worden sei, um das große — Kriegerverbandesfest als Querspieler beim Japfenstreich und Bedarf mitmachen zu können. Es wäre höchst das auch klug, so behauptet es unser Gewährsmann doch als Tatsache und hat sich erboten, den Beweis der Wahrheit zu erbringen. Wir müssen gestehen, trotzdem wir ja vieles gewohnt sind, daß uns diese Nachricht denn doch überrascht hat. Wie sollte sie auch nicht, wenn man bedenkt, daß bisweilen sozialdemokratischen Gefangenen, selbst Redakteuren nicht einmal erlaubt wird, eine politische Zeitung zu lesen; wenn man ferner bedenkt, daß sogar Reichstags-Abgeordnete während der Tagung des Reichstages im Gefängnisse sitzen müssen, statt im Reichstage ihre Wähler vertreten zu können. Man darf wohl von Seiten der Gefängnisverwaltung eine Aeußerung über diesen Fall erwarten.

**Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung der Vorlage vom 17. Juni d. J., betreffend die Zulassung gemischter Transitlager ohne amtlichen Mitverschluß für Getreide zugestimmt. —**

**Die Einweihung des Windthorst-Denkmales** entlockt der nationalliberalen Presse Wuthschrei über Wuthschrei. Daß der Präsident des Reichstags die Reichstags-Mitglieder zu der Feier eingeladen hat, giebt ihr Anlaß zu einem Rückblick auf das Votum des 23. März. Es sei eine Unverschämtheit ohne gleichen, für den katholischen Führer eine „Ehrung“ zu fordern, die dem „größten Deutschen“ (worunter Bismarck verstanden sein soll) versagt worden sei. Aber der Reichstags-Präsident Herr von Bülow fordert ja keine Ehrung für Windthorst; er ladet bloß privatim dazu ein. Und hätten die Verehrer des ersten Erlanzlers das gleiche gethan, so hätten sie nicht den Fußtritt erhalten, der ihrer Frechheit appliziert werden mußte. Wenn die Bismarckanbeter vor ihrem Gößen sich auf den Bauch werfen, so nimmt ihnen das kein Mensch übel — das amüßert bloß diejenigen, welche den Hummel nicht mitmachen. Daß sie ihre Privatsache zu einer nationalen machen, und die deutsche Volksvertretung zur feigen und charakterlosen Gößendienerei zwingen wollten, das ist es, weshalb ihnen die Züchtigung des 23. März erteilt wurde. —

**Lohnrückerei in der preussischen Interimsvorwaltung.** Der preussische Kultusminister hat angeordnet, daß bei Vermehrung der Assistentenstellen darauf bedacht zu nehmen sei, Ketzler, die kein Honorar verlangen, zu gewinnen. Andersfalls soll das Gehalt der älteren Assistenten in dem Maße gekürzt werden, daß davon der neue Assistent ohne Vergrößerung der Kosten entschädigt werden kann. Eine der ersten Stellen dieser neuen Gattung ist die jetzt bei der dritten medizinischen Klinik der Charitee eingerichtet.

Die Kanonen und Liebesgaben fressen dem armen Miquel alles weg, so daß er nun an den mehr als mäßigen Assistentengeldern etwas abknapsen will und Leute, die kein Geld fordern, ohne Rücksicht auf ihre vielleicht nicht genügenden Fähigkeiten und Kenntnisse bevorzugen läßt. Dabei werden zur Beaufsichtigung der beschämenden Zustände in preussischen Irrenanstalten ganze 8000 M. in Aussicht gestellt, aber erst vom nächsten Etatsjahre ab.

Wahrlich, wir sind auf dem besten Wege, unser Ansehen als Kulturstaat, das in der letzten Zeit schon schwer gelitten hat, vollends zu verlieren. Es kann dies aber auch nicht anders sein. Wo sich um die ostbayerischen Junker alles dreht und daneben das Militär die Hauptrolle spielt, da müssen Wissenschaft und Künste leiden. —

**Dank für die Militärvorlage.** Für sein parlamentarisches Mißgeschick anlässlich der Verathung der Militärvorlage, vor allem für den Verlust seines Reichstagsmandats erhält Herr v. Hüene, der bekannte Zentrumsagrarier die Stellung eines Direktors der neu zu gründenden Zentralbank. —

**Unter den schlesischen Landräthen** wird gründlich aufgeräumt. Nachdem schon vier Landräthe in Schlesien im Verlaufe weniger Monate ihre Demission gegeben haben, hat man nun auch den Landtags-Abgeordneten Freiherrn v. Nischhofen, den Vertreter des Wahlkreises Jauer-Bollnahn-Landeshut hierzu veranlaßt. Der neue Oberpräsident Fürst Hatzfeld-Trachenberg scheint die offene Agitation seiner Landräthe für den Bund der Landwirthe nicht dulden zu wollen. —

**Die württembergisch-preussische Militär-Konvention** wurde von demokratischer und kirchlicher Seite schon im vorigen Landtage als im Widerspruch mit der Verfassung stehend getabelt. Nun hat die Kammer ihre staatsrechtliche Kommission mit der Prüfung beauftragt. Es handelt sich bekanntlich bei der Militär-Konvention, deren Abschluß im Schwabenlande so viel böses Blut gemacht hat, um die Kommandierungen württembergischer Offiziere in die preussische Armee und preussischer Offiziere in die württembergische Armee in zahlreichen Fällen und auf eine zwei Jahre übergreifende Dauer und darum, daß die innerhalb der württembergischen Militärverwaltung gemachten Ersparnisse an die Reichskasse abgeführt werden.

Auf die Verhandlungen der württembergischen Kammer über die Konvention kann man gespannt sein. —

**Schwärze in Ungarn.** Auf einem Marsche der Budapestser Garnison in das nahegelegene Sommerlager fand ein Frei-

bracht werden? Wir dächten, es wäre eher umgekehrt, und wir berufen uns auf das Beispiel der französischen Revolution, deren innere Prinzipienkämpfe an Heftigkeit mit den Kämpfen nach außen stets gleichen Schritt hielten. Es ist das ja auch sehr natürlich. Wie die französische Revolution, um die monarchische Verschwörung überwinden zu können, die inneren Feinde vernichten und die schwachmüthigen Girondisten vom Steuer entfernen mußte, so wäre eine Partei im Kampfe gegen andere Parteien, wenn es sich um ihre Existenz handelt, erst recht gezwungen, im innern reinen Tisch zu machen. Das Vertuschen der Gegensätze, immer vom Uebel, wäre in Zeiten eines Kampfes auf Leben und Tod der reine Selbstmord.

Wir Sozialdemokraten haben zum Glück immer reinen Tisch, weil wir immer im Kampfe sind. Wäre es aber denkbar, daß sich feindliche Elemente bei uns einmischen könnten, so würde eine ernstliche Bedrohung durch die Gegner eine Auseinandersetzung nicht hindern, sondern nur beschleunigen und gründlicher machen.

Also lasse man doch endlich ab von dem albernen Märchen, der Umsfurzummel habe die prinzipiellen Auseinandersetzungen innerhalb unserer Partei verhindert. —

**Herr v. Bötticher** soll nach dem „Hannov. Courier“ von einer Klage gegen die „Hamb. Nachrichten“ und die „Gardenische Zukunft“ abgehen. Da Nachrichten, wie die über Herrn Bötticher's angebliche eigenthümliche Beziehungen zu Banken doch stets in so manchen Volkskreisen Glauben finden, läge eine Nichtigstellung in irgend einer Form im Interesse des Staatssekretärs für das Reichsamt des Innern. Wir empfehlen sicherlich nicht die Aufregung von Preßprozessen, dürfen es aber als eigenthümlich bezeichnen, daß man wegen jeder Beleidigung eines Unteroffiziers oder Polizisten im öffentlichen Interesse Klage erhebt und monatelange Strafen zur Sühnung der in einem Schuhmanne beleidigten Staatsautorität verhängt, aber es für gleichgiltig findet, daß weitverbreitete Blätter den Stellvertreter des Reichslanglers der unwürdigsten Mänschaften bezichtigen. Die Autorität der obersten Reichsbehörden scheint niedriger geschätzt zu werden als die des Gendarmen Winter in Esen. Für das Volk ist dieses eigenthümliche Mißverhältniß sehr lehrreich. —

**Zum Fall Schröder.** Die Staatsanwaltschaft in Esen hat vier weitere Entlastungszeugen, nämlich die Vergleute Willing, Thiel, Jumberger und Beckmann, verhaften lassen. Mit ihnen sind nun sieben Vergleute wegen der Aussage eines einzigen Gendarmen wegen „Meineidsverdachts“ verhaftet worden. Die Vergleute Thiel, Willing und Beckmann hat man aber wieder aus der Haft entlassen.

Der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ wird gemeldet, daß wegen der Meineidsprozeßsache in Herne ein Lokaltermin abgehalten worden ist, wobei zahlreiche Zeugen vernommen wurden. Sowohl die schleunige Anordnung des Termins wie auch das, was über das Ergebnis der heutigen Verhandlung verlautete, lasse es als zweifelhaft erscheinen, ob man die Untersuchungshaft gegen Schröder und Genossen aufrechterhalten werde.

Die Staatsanwaltschaft scheint mit ihrem Vorgehen den Grundsatze aufzufallen, daß den Aussagen von sieben einwandfreien Zeugen weniger Gewicht beizumessen sei, als der eines Gendarmen, dessen Aussagen möglicherweise durch die Gefahr in eine Disziplinar-Untersuchung zu gerathen, beeinflusst sein könnten. Das Essener Schwurgericht wird zu entscheiden haben, ob die Auffassung des Staatsanwalts mehr als eine Privatmeinung ist. —

**Nachgehinkt** kommt diesmal das helle Sachsen mit der Anwendung des dqlus eventualis. Preußen war und bleibt hierin erster, was wohl die beiderseitigen guten Beziehungen nicht dauernd trüben wird. Soll da in Chemnitz der Redakteur Zimmermann vom „Beobachter“ die Amtshauptmannschaft beleidigt haben. Er ist angeklagt. Aber eine Amtshauptmannschaft ist eine so hohe Behörde, daß ein armes Burm von Redakteur nicht als Sühnopfer genügt. Wie ist ein zweites Opferlamm zu schaffen? Der mit dem Verleger des vertrackten Sozialistenblattes. Ihm ist, wie es in der Anklageschrift heißt: „der Vorwurf zu machen, daß er bei dem Druck des Artikels und bei Verbreitung der betreffenden Zeitungszummern nicht mit der nöthigen Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit zu Werke gegangen ist, insofern, als er in Verächtlung der bekannten Tendenz des Blattes und der Gepflogenheit der verantwortlichen Redakteure in den Leitartikeln gegen Behörden und Beamte des Staates und der Gemeinde in unstatthafter Weise Kritik zu üben und zu beleidigenden Ausfällen geneigt zu sein, den Artikel einer Prüfung nicht unterzogen hat. Durch die anstandslose Aufnahme und Verbreitung des inkriminirten Artikels hat Publig dessen Inhalt auch für den Fall, daß er strafbare Beleidigungen enthielt, gebilligt und sich hierdurch gleichfalls der Beleidigung des genannten Beamten im Sinne der obengenannten Strafgesetzbuchparagrafen schuldig gemacht.“

Man sieht hieraus, von welcher einschneidender prinzipieller Bedeutung die Verurtheilung des Druckers Wading wegen einer ihm ihrem Inhalte nach unbekanntem Druckschrift war. Nun der zweite Fall Wading dem ersten gefolgt ist, sollte man doch von den Vertretern des Druckergewerbes erwarten, daß sie gegen diese Ausdehnung der preßgesetzlichen Verantwortlichkeit entschieden Protest einlegen. Traurig genug ist es, daß diese Herren so oft an die Wahrung ihrer eignen Interessen gemahnt werden müssen. —

**Dem Bürgermeister Kummert** haben 14 Kolberger Stadtverordnete, die Mehrheit der Versammlung, nach der Stadtverordneten-Sitzung, über die wir in der letzten Nummer berichteten, folgende Erklärung überreicht:

„Nach Anhörung der Älten, betreffend Ueberlassung des Strandschloß-Saales an eine Volksversammlung am 12. Juni 1893, erklären die anwesenden unterzeichneten Stadtverordneten sich voll und ganz mit dem Vorgehen des Bürgermeisters resp. des Magistrats einverstanden und sprechen im Interesse des sozialen Friedens in der Stadt ihre Billigung desselben aus.“

Die Amtsdauer des Bürgermeisters läuft bis zum Jahre 1902. Wir sind begierig, ob man deshalb ungeduldig werden und sich des Mannes mit dem geraden Rücken zu entledigen suchen wird. —

**Nach Rußland ausgeliefert** wegen Be-theiligung an einem Streik in Stettin. Dem Brauer Grunewald, der sich am Stettiner Brauerstreik betheiligt hatte und zur Erleichterung einer friedlichen Beilegung der Differenzen freiwillig auf seine Wiedereinstellung in die Brauerei verzichtet hatte, ging die folgende Verfügung zu:

Ranig, Mirbach, Mantuffel und Genossen um die eine Formel: „Schul mir was.“

Wie verlogen die Behauptung ist, monach die Kleinbauern in besonderem Grade bei dem Verzicht auf Rückzahlung den Grundsteuer-Entschädigungen interessiert sind, mag auch noch folgendes Beispiel beweisen. In einem Kreis sind 684 Kleingrundbesitzer mit 22 700 M. an dem Gesetze betheiligt. Dem gegenüber stehen 10 Großgrundbesitzer mit 204 000 M. Jeder dieser mit „Ar und Palm“ in großem Umfange gesegneten Grundbesitzer ist also mit mehr als 10 000 M. interessiert, während für den Kleingrundbesitzer etwa 30 M. in Frage kommen. Und diesen Thatsachen gegenüber haben die agrarischen Feindbrüder die eiserne Stirn, den zur Fällung der eignen Taschen beabsichtigten Requisitionszug damit zu begründen, daß die Kleinen geschützt werden müssen, während es sich in Wahrheit um den Schutz der Reichen handelt.

Das Abgeordnetenhaus hat in dritter Lesung seinen Beschluß erneuert und da das Herrenhaus der Ansicht ist, daß seine Mitglieder wegen drohender Verarmung die gezahlten Grundsteuer-Entschädigungsbeträge behalten müssen, so wird, wie wir fürchten, trotz der Erklärung Miquel's, wenn auch nicht jetzt, so doch vielleicht im nächsten Jahre, auch diesen Wünschen der Agrarier entsprochen. Herr Dr. Miquel hatte die unverkämten agrarischen Ansprüche an den Staatsfiskus mit so ausgeuchter Schwächlichkeit zurückgewiesen, daß wir anzunehmen veranlaßt sind, die Regierung werde die verlangten 16 Millionen gelegentlich doch auf dem Altar des Agrariertums opfern, um die Ostelbier bei guter Laune zu erhalten. Das Wort „ohne Ranig keine Röhne“ ist mehr als der Ausdruck eines auf seine Macht pochenden Junkerhochmuths, es ist die Anweudung des Sahes, nach dem die Konservativen alle Zeit gehandelt haben. „Und der König absolut — wenn er uns den Willen thut.“ Mit schönen Reden und mit der Anerkennung seines Patriotismus ist dem für „Religion, Ordnung und Sittlichkeit“ kämpfenden „Bund der Landwirthe“ nicht gedient. Die Herren wollen baar Geld und ist die Regierung nicht willig, so wird der Miquel zum Caprioi geworfen. Mit einer Skrupellosigkeit sonder gleichen beutet auf der einen Seite das Agrariertum, auf der anderen Seite das großindustrielle Unternehmertum ihre gesetzgeberische Machtstellung aus, um durch politische und wirtschaftliche Unterdrückung die breiten Volksmassen in Abhängigkeit zu erhalten.

Eines der Hauptmittel zur Niederhaltung des Volkswillens ist das Dreiklassen-Wahlssystem, ein Wahlsystem, welches die Gesetzgebung dem Eigennut einer bevorrechtigten Minderheit anstufert und es ermöglicht, daß sich die Besitzenden auf Kosten der Besitzlosen bereichern.

Wird wirklich auf die Zurückstattung der gezahlten Grundsteuerentschädigungs-Kapitalien verzichtet, so hat die durch das Dreiklassen-Wahlssystem in die Gesetzgebung berufene Minderheit der Bevölkerung sich die gesammten Steuerzahler mit 16 Millionen Mark tributpflichtig gemacht, und damit wäre ein neuer Beweis für die Korruption der herrschenden Gesellschaft geliefert. Eine Gesellschaft, welche die schamloseste Bereicherung einer handvoll Leute auf Kosten der Gesamtheit zuläßt und nicht den Muth und die Kraft hat, sich vor solchen Mankereien zu schützen ist dem Untergange geweiht. Das Schicksal der bürgerlichen Gesellschaft ist besiegelt. Zum Glück fehlt es nicht an dem jugendstarken Nachfolger; es ist die Sozialdemokratie, welche gestiftet ist die Erbschaft anzutreten. —

## Politische Uebersicht.

Berlin, 4. Juli.

**Der sozialdemokratische Agrarprogramm-Entwurf** ist noch nicht veröffentlicht, und schon zerbrechen sich unsere Gegner über ihn den Kopf. Die „Frankfurter Zeitung“ widmet ihm sogar schon einen langen Leitartikel, der abermals Zeugniß ablegt für ihre völlige Unkenntniß unserer Parteiverhältnisse. Nicht sie doch wieder das alte Richter'sche Märchen auf, daß die Partei sich ohne die Umsturzkampagne über die Landfrage gespalten hätte. Die „Frankfurter Zeitung“ nimmt jenen Hummel doch wirklich etwas zu ernst. Und glaubt sie denn, prinzipielle Gegensätze könnten durch einen politischen Kampf zum Schweigen ge-

ht uns niederpfeffern wie die Hasen? Wohl, dann müssen wir auch wissen, daß wir es mit blinder Wuth nur verderben können und uns ihnen selbst in die Hände liefern. Wir sind keine sinnlose, tobende Menge — wir sind ein Volk in Waffen, das seine Rechte wahren und den ihm angethanen Schimpf rächen will. Sollen wir das erreichen, so ziemt uns vor allem Ruhe und kaltes Blut — dieselben Eigenschaften, die uns dieses Volkwerk hier haben schaffen lassen. Nehren wir auf unsere Posten zurück, erwarten wir den Angriff des Feindes mit Kraft und Würde — dann nur kann der Sieg unserer gerechten Sache nicht fehlen. — Auf die Posten denn, Brüder, Genossen — für das Recht, für die Freiheit.“

Lautlose Stille war bei seinen Worten eingetreten. Jetzt aber brante ein Jubelsturm des Beifalls durch die Reihen der Kämpfer. Man hob den Redner auf die Schultern und trug ihn unter lauten Hochrufen auf dem Plage umher.

Am Eingang der Hofstraße erschienen in diesem Augenblick zwei Mädchen mit einer schwarz-roth-goldenen Fahne: Lotte und Dora Bernicke, die es in der „Ente“ nicht länger gelitten hatte.

Während Hans und Bruno auf sie zuieilten, um sie zu begrüßen, wanderte das dreifarbigte Banner unter brausenden Zurufen auf die Höhe der Barrikade, von der es alsbald als begeisterndes Feldzeichen des Volkes herniederwehte.

„Jetzt vorwärts, marsch! Ein jeder auf seinen Posten!“ tönte es von Gruppe zu Gruppe über den Platz. Und die Schützen und Steinwürfender besetzten wieder die Fenster der Gäßhäuser, die vorgehobenen Wachen bezogen ihre Stellung, und was sonst noch im Vordertreffen blieb, ordnete sich in Reich und Glied hinter der Barrikade. Die übrige Menge aber stüthete zurück in die Gassen und Gäßchen, auch Lotte und Dora und Herr Kasimir mit seiner Schaar verließen den Marktplatz. Spannung, Erwartung, Stille lehrte wieder zurück in die kampfbereite Mannschaft. Nur Ferdinand, der Unermüdlche, ließ die lauten Wirbel seiner Trommel nach dem Schloßplatze hinüberdröhnen.

(Fortsetzung folgt.)

williger am Hühlschlag, ein Hauptmann erkrankte lebensgefährlich. Mehrere Soldaten mußten ins Spital geschafft werden. —

**Frankreich.** Der Fall Mirman — und hier reden wir nicht von dem Duell, sondern von dem Konflikt zwischen seinen parlamentarischen und militärischen Pflichten — wird in den nächsten Tagen zur Erledigung kommen. Die Kammer hat ein Gesetz angenommen, demzufolge ein Abgeordneter während der Session nur auf ausdrücklichen Befehl des Kriegsministers und mit seiner und der Kammer Genehmigung zum Militärdienst herangezogen werden kann. Sobald dieses Gesetz, das jedenfalls die Zustimmung des Senats erhält, in Kraft ist, wird Mirman ungehindert seine Abgeordnetenpflichten erfüllen können. —

**Gladstone** hat sich nunmehr definitiv aus dem politischen Leben zurückgezogen. Es geht dies aus einem Briefe hervor, welcher in einer zu Edinburgh abgehaltenen Versammlung der Liberalen Vereinerung verlesen wurde und in welchem Gladstone von seinen Wählern Abschied nimmt. —

Herr Crispien gesteht nun ein, daß er mit den Wahlergebnissen nicht zufrieden sei, er will nämlich ein neues Wahlgesetz mit Präsenzstrafung einführen. Dasselbe dürfte sich jedenfalls als eine Verschlechterung des bisherigen Wahlgesetzes darstellen, wirft doch Crispien, um die Annahme durchzusetzen, den Rädern der Diätenzahlung aus. —

In der italienischen Kammer brachte der Deputierte Cirrioni eine Anfrage an den Minister des Auswärtigen Blanc ein wegen eines am 1. Juli in St. Julien (Savoiren) gegen italienische Arbeiter verübten Mordattentats. (In St. Julien war es zwischen italienischen Arbeitern und Russen wegen Meinungsverschiedenheiten zu Tötlichkeiten gekommen, in deren Verlauf die Italiener Steine auf die Russen warfen, welche ihrerseits alsdann in das Volk der Italiener eindringen und alles darin befindliche demolirten. Dabei soll ein Italiener getödtet worden sein; mehrere andere wurden verletzt). —

Der serbische Staatsbankrott, der sich nun nicht mehr verschleiern läßt und demnächst Gegenstand der parlamentarischen Erörterungen sein wird, scheint wenigstens die politische Atmosphäre etwas zu reinigen. Das brutal-reaktionäre Kabinet Obristich, das gar keinen Rückhalt im Volke hat, sieht sich zum Rücktritt gezwungen und der König scheint nun doch zur Bildung eines radikalen Kabinetts gezwungen zu sein. Von den Führern der nun wieder zur Macht gelangenden Partei ist zu gewärtigen, daß sie nur gegen volle Garantie gegen Willkürakte des Königs und seiner Generäle die unpopuläre Aufgabe übernehmen, den Staatsbankrott durchzuführen. —

Der macedonische Aufstand gehört zwar vorläufig noch in das Reich der frommen Wünsche, allein die Lage ist dort doch ziemlich ernst, weil es den Russen gelungen ist, die bulgarische Regierung in einen Konflikt mit der Türkei zu bringen. Da auch in Serbien der russische Einfluß oben auf ist, so muß zugegeben werden, daß die russischen Mächte gar fleißig gearbeitet haben. Zum Glück ist „Väterchen“ militärisch wie finanziell zu schlecht gestellt, als daß es jetzt eine große Aktion wagen könnte. Freilich, wenn die Dinge in Asien sich zu einem Konfliktuspitzen sollten — was bei der phänomenalen Ungeschicklichkeit und Verschwendung der europäischen Diplomatie gar nicht unmöglich ist — so hätte Rußland an der Donau und auf der Ballan-Palbinsel eine sehr gute Position. —

## Parlamentsberichte.

### Abgeordnetenhaus.

86. Sitzung vom 4. Juli 1895, 11 Uhr.

Am Ministerische: Miquel, v. Hammerstein.  
Der Abg. Burghart-Lauban (nat.) ist plötzlich verstorben; das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Aufhebung der §§ 18—27 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893 (wegen Rückzahlung der Grundsteuer-Entscheidungen).

In der Generaldebatte führt zunächst Abg. Richter (fr. Sp.) aus, daß die Rede des Finanzministers die Gründe gegen die Vorlage noch verstärkt hat. Nach dem Stichproben des Finanzministers handelt es sich nicht nur um einen 10 Millionen-, sondern um einen 16 Millionenersch. Seine statistischen Berechnungen bezogen sich auf 1/3 der Positionen, die für das platte Land in Frage kommen. Die zurückzuzahlenden Beträge machen nach seiner Statistik etwas über 48 pCt. derjenigen Kapitalien aus, die bei der Aufhebung der Grundsteuerfreiheit gezahlt sind. Diese Kapitalien belaufen sich auf 29 Millionen Mark, 48 pCt. davon ergeben schon 12 860 000 M., 6 Millionen etwa haben aber noch die Städte zurückzuzahlen, abgesehen von demjenigen, was unter die Klausel der gemeinnützigen Anwendungen fällt. Nimmt man an, daß die Städte nur zwei Drittel der 6 Millionen zurückzuzahlen haben, so bleiben immer noch 4 Millionen übrig; im ganzen wären also über 16 Millionen zurückzuzahlen. Das bedeutet einen Verzicht von 840 000 Mark pro Jahr für die Dauer von 60 Jahren. Ich habe in der zweiten Lesung gesagt, daß 77 pCt. auf die Ostbezirke der ostelbischen Provinzen fallen. Nach den statistischen Darlegungen des Finanzministers fallen 75 pCt. Entschädigungskapitalien auf die, die mehr als 1000 M. zurückzuzahlen haben. Drei Viertel davon haben 659 Pflichtige mit je über 8000 M. zurückzuzahlen. Das also ist des Pudels Kern, das abgesehen von den Städten, eine kleine Zahl von Großgrundbesitzern 10 Millionen geschenkt bekommen; darüber werden wir jetzt abzustimmen haben, ob das angesichts der Finanzlage gerechtfertigt ist. Für Schleswig-Holstein kommen nach den Darlegungen des Finanzministers 8000 Pflichtige mit 2 Millionen Mark in Frage, im Durchschnitt eine Rente von 10 M. Diese 10 M. werden jedenfalls die reichen Marschbauern, von denen diese Agitation zumeist ausgeht, auch noch für den Staat ausbringen können, selbst wenn man, wie man anfangs beabsichtigte, den Antrag eingebracht hätte, die Rückzahlung auf die Grenze von 100 M. zu beschränken, so würde das an der Sachlage nicht viel ändern. Die kleineren Beträge würden durchaus nicht ausschließlich den kleinen Grundbesitzern ausgegahlt werden; es sind vielmehr von den Rittergütern Partikeln abgetrennt worden, die auch an der Steuerfreiheit theilnahmen und diese Partikeln sind in die Hände von Großgrundbesitzern gekommen, die nun auch die kleineren Beträge erhalten sollen. Ich meine, wir sollten, nachdem die Sache noch weit mehr gegen den Antrag klargelegt worden ist, den Beschluß der zweiten Lesung aufheben.

Finanzminister Miquel: Ich will erklären, daß nach den neueren Ermittlungen, wenn man annehmen darf, daß man das bisher festgestellte Ergebnis mit 2/3 multiplizieren kann, und diese Annahme ist wohl nicht unbedeutend — daß man dann allerdings ein Gesamtergebnis der Rückzahlungen von etwa 16 bekommen würde. (Hört, hört! links.) Wir würden danach für das platte Land etwa 12 Millionen haben, nicht eingerechnet diejenigen Rückzahlungen, die von den sogen. vertragmäßig Verpflichteten erzielt worden sind, die der Abg. Richter noch ausgelassen hat. Was die Städte betrifft, so ist die Rechnung des Abg. Richter nicht ganz zutreffend. Wir können annehmen — eine genaue Rechnung ist noch nicht aufzumachen — daß die Städte im ganzen nicht mehr als zwei Millionen zurückgeben würden. Hieraus würde also das gesammte Ergebnis zwischen fünfzehn bis sechzehn Millionen sein. Zwei Rechtsauffassungen von Billigkeit und Recht stehen sich hier gegenüber und ich meine, daß man hier irgend wie gegenseitige Beschuldigungen von Interessensverfolgung,

Belebel, Pländerung der Staatskasse u. s. w. nicht in die Frage hineinbringen soll. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe bei der Beratung des Gesetzes von dieser Anschauung gar kein Hehl gemacht und hervorgehoben, daß die Rückzahlung allerdings eine Forderung des natürlichen Gerechtigkeitsgefühls ist. (Sehr richtig! links.) Juristische, zivilrechtliche Gründe, habe ich ausdrücklich erklärt, können nicht geltend gemacht werden für die Rückforderung der Entschädigung. Das Haus hat vor zwei Jahren nach langen Debatten die Frage entschieden und zwar nicht einseitig oder isolirt (Abg. Richter: Hört! hört!), sondern als einen Teil eines großen Reformwerks. (Abg. Richter: Sehr richtig!) Bei vielen, wenn wir objektiv sein wollen, war dies auch die Voraussetzung für ihre Zustimmung, um Aufhebung der Grundsteuer als Staatssteuer. (Hört! hört! links.) Das ist für die Regierung entscheidend. Ich will gar nicht auf die Frage zurückgehen, ob diese Entscheidung der Gesetzgebung richtig oder nicht, denn die Kontinuität unserer ganzen Gesetzgebung wird gefährdet, wenn es Sitte wird, daß ein Teil einer großen zusammenhängenden Gesetzgebung von einer Minderheit, die bei der Beratung dieser großen Gesetzgebung geschlagen war, hinterher als eine isolirte Frage wieder aufgegriffen wird. (Sehr richtig! links.) Wir haben die Frage sehr vorsichtig behandelt, wir haben anerkannt, daß für und wider sich sehr viel sagen läßt, und die Rückzahlung da, wo nachgewiesen wird, daß die Entschädigung nicht mehr im Besitze des Inhabers des Grundstücks ist, der sie empfangen hat, also bei Veränderungen, weglassen lassen. Wenn nun Landtag und Regierung versuchen, diese kurz vorher abgeschlossene Gesetzgebung wieder anzufechten, wozu geraten wir dann mit der Kontinuität der Gesetzgebung und sogar mit der Rechtssicherheit im Lande? (Sehr richtig! links.) Man muß sich dem einmal getroffenen Mehrheitsbeschluß unterwerfen und kann nicht mehr von neuem die Gesetzgebung in Bewegung setzen, um sie rückwärts zu revidiren. (Beifall links.) Für die Regierung ist die Frage der Kontinuität geradezu entscheidend und ich gehe deshalb auf das Materielle der Sache garnicht ein. Anders, wenn die Gesetzgebung Ursache hätte, sich auf Grund neuer, damals unbekannter Thatsachen zu korrigiren: solche Fälle können ja vorkommen, daß Regierung und Landtag von thatsächlichen Voraussetzungen ausgegangen sind, die sich nachher als verfehlt herausstellen. Aber schon bei der zweiten Lesung habe ich gesagt, daß neues, thatsächliches Material nicht vorliegt. (Sehr richtig! links.) Sollten in einzelnen Fällen besondere Härten eintreten, wo die den Beteiligten so unerwartete, durch die Gesetzgebung plötzlich verfügte Rückzahlungspflicht einen besonderen wirtschaftlichen Druck hervorruft, oder zu große Weiterungen der Verwaltung durch Erhebung und Nothhebung der Verpflichtungsbeträge gegenüber der Vermögenslosigkeit derselben hervortreten, da läßt sich ja erwidern, wie dem Finanzminister nach weitere Ermäßigungen zu ertheilen sind. Wir werden die Sache nicht fiskalisch, sondern nach Billigkeit und Gerechtigkeit erledigen. Man könnte auch generell bestimmen, daß ganz kleine Beträge überhaupt gestrichen werden. Das kann man aber erst erwägen, wenn dem Landtag das volle Material vorliegt, das wir heute noch nicht haben. Nach dem wenigen thatsächlichen, festgestellten Material kann man heute überhaupt noch keine gesetzgeberische Bestimmung treffen. Wenn der Landtag wünscht, bin ich bereit, im nächsten Jahre eine Denkschrift über die gesammten Ergebnisse bis in die kleinsten Details hinein mitzuthemen, damit der Landtag sich ein Urtheil bilden kann. Wir erkennen an, daß in der Frage auch die Frage des Gerechtigkeitsgefühls steht (sehr richtig! rechts), sowohl für als gegen. Wenn aus dem Landtage akzeptable an sich berechtigte Anträge an die Regierung kommen, wird diese durchaus geneigt sein, sich damit zu beschäftigen. Ich möchte raten, daß Sie den Antrag wenigstens, so wie er vorliegt, und in der gegenwärtigen Session nicht annehmen. (Beifall links.)

Abg. Graf v. Wolke (fr.) polemisiert eingangs seiner Rede gegen die von dem Finanzminister im wesentlichen bestätigten Angaben des Abg. Richter. Er fährt dann nach einem Kompilimente an Miquel folgendermaßen fort: In dem Gesetz, durch welches die Rückzahlung der Grundsteuer-Entscheidungen geordnet wird, liegt ein solcher Widerspruch, daß ich selbst auf die Gefahr der Durchbrechung der Kontinuität der Gesetzgebung dazu kommen muß, seine Aufhebung zu verlangen. Um ein Geschenk handelt es sich hier nicht. Ein Gesetz ist kein Geschenk. Ich glaube kaum, daß die Gesetzgeber von 1861, doch wohl auch lächelnde Männer, wissens gewesen sind, einer Klasse des Volkes ein Geschenk zu machen. Ich möchte dringend warnen, für die Zukunft den Weg zu betreten, daß man bei kleinen Beträgen die Rückzahlung erlassen läßt. Das entspricht nicht dem Gerechtigkeitsgefühl und nicht den thatsächlichen Verhältnissen. Sie werden nicht eine Grenze finden können, von welcher Sie mit gutem Recht den anderen gegenüber die Rückzahlung erlassen könnten. Mit einem großen Theil meiner Freunde halte ich an dem Antrage Jürgensen fest.

Abg. Pleh (Z.): Ich kann den Kollegen aus Schleswig-Holstein nur zurufen: Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt! Verzichtet Sie auf dieses Gesetz!

Abg. Graf Limburg-Stürm (L.): Weder bin ich persönlich noch ist mein Wahlkreis an dieser Frage theilhaftig; ich bin also vollkommen unbefangen. Als wir die Grundsteuerreform machten, haben meine politischen Freunde in ihrer Mehrzahl aus dem Grunde für die Rückzahlung gestimmt, weil die Großgrundbesitzer sich nicht sagen lassen wollten, daß sie etwas nicht zurückzahlen wollten, was sie feinerseit unter anderen Voraussetzungen bekommen hätten. Wir waren uns damals nicht klar darüber, welche Unbilligkeiten und Härten durch diese Rückzahlung die kleineren Besitzer und die kleineren Städte treffen würden. Die Entschädigung ist feinerseit gegeben für die Aufhebung eines Privilegs. Ich berne es, daß ich mich damals auf den Standpunkt gestellt habe, den der Minister als denjenigen der natürlichen Gerechtigkeit bezeichnete. Herr Richter und seine Freunde haben die Absicht, aus der Sache ein großes Agitationsmittel zu machen. (Jurist links: Es liegt darin!) Ihnen kann es ziemlich gleichgültig sein, ob Sie noch einige Agitationsmittel mehr oder weniger haben. Sie sprechen ja jetzt schon von Liebesgaben, Millionengeschenken etc.; und ist es gewiß ganz egal. Sie werden aber mit der neuen Agitation wenig Glück haben, denn entweder kommen Sie in einen Wahlkreis, wo von Grundsteuer-Entscheidungen nichts bekannt ist und da werden Ihnen die Leute verwundert sagen, was geht uns das an; oder Sie kommen in einen Wahlkreis, wo Rückzahlungen erfolgen, und da trifft die Sache die größeren wie die kleineren Besitzer gleichmäßig (Lachen links) und Sie werden erst recht kein Glück haben. Nach der programmatischen Rede des Abg. Richter werden wir ja dem „16 Millionen-Geschenk“ noch öfter begegnen; wir werden es uns wie vieles andere gefallen lassen müssen, und wenn Sie nicht mehr Erfolg haben wie bisher (Abg. Richter: na, na!), dann kann uns das ja nur angenehm sein. Wir aber wollen einer Forderung der Gerechtigkeit genügen und werden deshalb für den Gesetzentwurf stimmen, auch in namentlicher Abstimmung. (Beifall rechts.)

Abg. Ansel (nat.) hält die jetzt gestellte Forderung für durchaus unbedeutend.

Abg. v. Bülow-Gleichenfelde (L.): Durch den Schluß der Debatte ist mir die Möglichkeit genommen, kurz zu motiviren, daß ich für meine Person mit Nein stimmen könnte. Da es sich aber bei mir um Fideikommissgeld handelt — und was den Ausschlag giebt — die Interessen der Kleinbesitzer hierbei in Frage kommen, so werde ich mit Ja stimmen, erkläre aber zugleich, daß ich, wenn diese Vorlage Gesetz werden sollte, den auf mich entfallenden Betrag von über 16 000 M.

in einem gemeinnützigen Zweck zur Verfügung stellen würde. (Beifall links und rechts.)

In namentlicher Abstimmung wird darauf Artikel I der Vorlage mit 154 gegen 127 Stimmen angenommen. Die Gruppierung der Parteien ist dieselbe wie in der zweiten Beratung. Es stimmen für die Vorlage die Konservativen ohne Ausnahme; die Freikonservativen mit Ausnahme der Abgeordneten Brauer, Deuerbusch, v. Bok und des Hospitalanten Kröner. Gegen die Vorlage stimmen die beiden freisinnigen Gruppen und die Polen geschlossen, die Nationalliberalen mit Ausnahme der Abgg. Bachmann, Falkenhagen, Groß, Jürgensen, Martens, Mohr, Kleinmihl und Sieg, endlich das Zentrum mit Ausnahme der Abgg. v. Hülshoff (Zopf-Gleiwitz), Stanke, Stephan-Beutken, Graf Strachwitz, Conrad-Glatz. Enthaltend haben sich die Abgg. Prinz Arenberg, v. Erffa, v. Köller und v. Zedlitz.

Die Verlesung des Abstimmungsergebnisses über den ersten Artikel der Vorlage wird mit lebhaftem Beifall auf der Rechten, mit Fischen und Hui-Rufen auf der Linken aufgenommen. Während der Zählung der Stimmen hatte sich der Saal geleert, so daß die Abstimmung über den zweiten Artikel eine zweifelhafte war; da die rechte Seite des Hauses ziemlich leer war, hatte die linke augenscheinlich die Mehrheit. Das elektrische Latenwerk wurde in Thätigkeit gesetzt und unter großer Heiterkeit der Launen strömten nun die Mitglieder der Rechten in den Saal. Es wurde der Artikel II und schließlich die ganze Vorlage angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Ring, betreffend die Sperrung des städtischen Vieh- und Schlachthofes zu Berlin. Derselbe lautet:

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, mit möglicher Beschleunigung diejenigen Maßregeln zu ergreifen, welche notwendig sind, um die durch die wiederholten Sperrungen des hiesigen städtischen Vieh- und Schlachthofes der einheimischen Landwirtschaft und dem Viehhandel zugefügten schweren Schäden für die Zukunft zu beseitigen.

Die verstärkte Agrarkommission schlägt folgende Anträge vor:

I. Den Antrag Ring durch die Erklärung des Landwirtschaftsministers vom 14. Mai 1895 für erledigt zu erachten.

II. Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken:

A. 1. daß zur Verhütung der Einschleppung von Seuchen die Einfuhr von Vieh aus dem Auslande möglichst verboten, mindestens aber eine vierwöchige Quarantäne an der Grenze eingeführt werde.  
2. daß bei der Einfuhr von Fleisch und thierischen Produkten eine strengere sanitäts- und veterinärpolizeiliche Untersuchung besonders der mit dem Fleisch vorzuliegenden Eingeweide vorgeschrieben werde:

B. 1. daß in solchen Gebieten, in denen Seuchen oder Seuchengefahren bestehen, der Hausirhandel mit Vieh, insbesondere Schafen, Schweinen, Ziegen und Gänsen, sowie das Treiben dieser Thiere zu Handeltwecken untersagt oder von entsprechenden Bedingungen abhängig gemacht und die Befolgung der betreffenden Bestimmungen durch beamtete Thierärzte kontrollirt werden,  
2. daß alle Personen, die sich gewerbmäßig mit dem Handel von Hausthieren befassen, angehalten werden, über ihre Ein- und Verkäufe, also über die Herkunft und den Verbleib der Thiere, Buch zu führen;

C. 1. daß an den Haupt-Viehverladeplätzen von den Eisenbahn-Direktionen nöthigenfalls Sammelhülle zur Benutzung gegen Entgelt errichtet werden,  
2. daß Sammelstallungen für Viehtransporte nur benutzt werden dürfen, wenn sie un durchlässigen leicht zu reinigenden Fußboden mit gutem Abfluß und Krippen von undurchlässigem Material haben,  
3. daß die Sammelstallungen einer laufenden Kontrolle durch beamtete Thierärzte und durch die Polizeibehörden unterworfen werden,

4. daß alle Viehrampen und Buchten, die dem Ein- oder Ausladen von Vieh dienen, nach Maßgabe der Vorschriften über die Reinigung und Desinfektion der Wagen behandelt und die zu diesem Zwecke notwendigen Ausstattungen beschafft und Einrichtungen getroffen werden;

D. daß den am Viehhandel vorzugsweise theilhabenden landwirtschaftlichen Interessenvertretungen eine Theilnahme an der Beaufsichtigung der Vieh- und Schlachthöfe, sowie der Viehmärkte gewährt werde;

E. 1. daß die Preisnotirungen an den größeren deutschen Viehmärkten durch vereidete Makler vorgenommen werden,  
2. daß die Notirungen nach Lebendgewicht erfolgen,  
3. daß die Vereinfachung der Notirungen durch wissenschaftlich falsche Angaben strafrechtlich geahndet werde;

F. daß an Stelle des sogenannten Nummelsburger Schweinemarktes in oder bei Berlin ein Magereichmarkt errichtet werde, der nicht Gegenstand der privaten Unternehmung sein darf, den Anforderungen der Veterinärpolizei entsprechen muß und dem Berliner Polizeipräsidium unterstellt wird.

III. Die Petition des Präsidenten des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, v. Bemberg-Glamerheim, durch die Beschlässe unter II für erledigt zu erklären.

Berichterstatter Abg. Ring berichtet über die Kommissionsverhandlungen und empfiehlt die Kommissionsanträge.

Abg. Langerhans (fr. Sp.): Es hieß in der ersten Lesung, die Sperrung des Viehhofes sei das einzige Mittel, welches der Regierung noch zu Gebot stand, um eine PreSSION auf den Magistrat auszuüben; es wurde aber von allen Seiten anerkannt, daß die unendlich lange Absperrung des Berliner Viehmarktes die Landwirtschaft um Millionen geschädigt hat. Da man nun in der That erkannt hat über die Richtigkeit des landwirtschaftlichen Ministeriums, daß es mit der Sperrung allein eine PreSSION auf den Magistrat ausüben zu können meint. Eine solche PreSSION war nicht nötig; das Ministerium mußte wissen, daß schon vor der Verhandlung über den Antrag Ring und bevor der jetzige Minister sein Amt übernahm, vom Berliner Magistrat ein Plan über Neubauten auf dem Viehhofe vorgelegt wurde und in sehr kurzer Zeit die Billigung des Polizeipräsidiums gefunden hat. Von den Berliner Behörden beanspruchte man eine größere Entfernung des Schlachthofes vom Viehhof und eine Vermehrung der Ställe am Schweinefleischhof, und beides war vorzusehen. Wozu also noch die PreSSION durch die Sperrung des Viehmarktes, welche die Landwirthe um Millionen geschädigt hat? Wir hatten den Viehhof ganz nach den Vorschriften des Polizeipräsidiums angelegt. Im Laufe der Zeit sind einige notwendige Veränderungen ohne weiteres ausgeführt worden, und keine einzige Vorlage zur Verbesserung des Viehhofes ist von den Stadtverordneten abgelehnt worden. Es kam aber doch hin und wieder die Erkrankung eines Schweins an einer ansteckenden Krankheit vor, und es wurden einfach die Vorschriften des Veterinärarztes ausgeführt. Jetzt hieß es aber mit einmal bei eben solchem Fall, die Seuche sei ausgebrochen, und sofort wurde die Schließung des Viehhofes aufgeschrien um Schaden des Landes. Nach den geführten Verhandlungen wurde die Sperrung aufgehoben, der Zustand an und für sich kann aber nicht aufgehoben werden. Es kommt doch wieder einmal ein Erkrankungsfall vor. Welche kolossalen Aussprüche hat nicht der Regierungskommissar in der ersten Lesung gegen die Gatte des Berliner Viehhofes gemacht und welche Entschädigung hatte er nicht für alle die kolossalen Einrichtungen auf dem Nummelsburger Viehhof? Es wurde sogar behauptet, daß auf unserem Viehmarkt Schweine von einem Markttag bis zum andern zu verfaulen. Es kommt wohl vor, daß Thiere länger als einen Tag verfaulen, aber bis zum nächsten Markttag ist das Schlachthaus immer vollständig geräumt. Wenn Sie diese Vorschläge der Kommission annehmen, schädigen Sie das Land und dann sind Sie die Schuldigen. Die

Stadt Berlin wird vielleicht nicht abgeneigt sein, einen Magerviehhof zu erbauen, aber erlauben Sie, daß auf dem Magerviehhof öfter und leichter Ansteckungen vorkommen als auf dem Schlachthofe, und daß da die sanitären Vorschriften mit der größten Vorsicht getroffen werden müssen. Ich bitte, diese Fragen nicht nur mit der Veterinärabteilung des landwirtschaftlichen Ministeriums, sondern auch mit dem Reichs-Gesundheitsamt zu verhandeln. Jedenfalls darf nicht auf den Auspruch eines einzelnen Tierarztes hin eine Sperrung des Viehhofes ausgesprochen werden. Der Antrag Ring ist durch die Verhandlungen der Behörden eigentlich erledigt, aber anzuerkennen ist, daß sämtliche Kommissionsmitglieder einen regen Eifer an den Tag gelegt haben, um endlich Herr der Sache zu werden, wenn auch Ueberreibungen vorgekommen sind. Die Errichtung eines neuen Schlachthofes würde viel zu teuer werden. Meinem Ideal entspricht unser Viehhof nicht. Ich wünsche es dahin zu bringen, daß die Landwirthe einfach ihr Vieh hierher schicken und verkaufen, und daß es nicht eine Klasse von Leuten gäbe, die den Vorkauf über die Thiere ausprechen können. Der Vorschlag eines Einfuhrverbotes oder einer vierwöchigen Quarantäne ist unannehmbar. Die Quarantäne-Anstalten würden wahrscheinlich Seuchenherde werden. Ein Herr hat allerdings in der Kommission offen ausgesprochen: Wir wollen das Einfuhrverbot, um die Konkurrenz des ausländischen Viehs zu beseitigen, aber ohne die Einfuhr ausländischen Viehs können wir gar nicht existieren. (Auf rechts: Jawohl!)

Minister v. Hammerstein: Bei der Stadt-Vertretung von Berlin haben wir glücklicherweise das weiteste Entgegenkommen gefunden. Der Bau eines neuen Schlachthofes wird für vier Millionen in Angriff genommen werden und alle Einrichtungen werden dort getroffen, die von der Polizeibehörde gefordert werden. Auch bei der Nummernburger Gemeindevertretung, mit der ich ebenfalls persönlich verhandelt habe, habe ich das weitgehendste Entgegenkommen gefunden, und es ist zu hoffen, daß man auch dort einen allen modernen Anforderungen entsprechenden Markt für Magervieh einrichten wird, der für solche Fälle, wo über den Viehhof in Berlin eine Sperre verhängt wird, als Ventil für die Bedürfnisse dienen kann. Hinsichtlich Ihrer Anträge bemerke ich folgendes: ad A. 1: Die Regierung wird in nächster Zeit eine Quarantäne an der Grenze einführen; ad A. 2: das Maßnahmen vorbereitet werden, wonach bei der Untersuchung das Fleisch mit den Eingeweiden vorgelegt werden soll (Weisfall); ad B. 1: die gewünschte Anordnung ist nicht eher möglich, bevor nicht die von der Kommission des Reichstages bereits genehmigte Novelle zur Gewerbe-Ordnung angenommen sein wird, wonach den Landes-Behörden die entsprechende Zuständigkeit für die geforderten Maßnahmen erteilt werden soll. ad B. 2: mir erscheint zur Zeit eine allgemeine Anordnung in dem gewünschten Sinne nicht vereinbar mit den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung; ad C. 1-3: die Eisenbahnverwaltung hat bereits derartige Sammelplätze errichtet und wird bereit sein, erforderlichenfalls noch weitere zu errichten; ad C. 4: eine Reinigung der Viehrampen veranlaßt die Eisenbahnverwaltung schon jetzt, wofür die Gefahr der Verseuchung vorliegt; ad D: von den Landwirtschaftskammern sind bereits Einrichtungen in Aussicht genommen, die es ermöglichen, sich an der Beaufsichtigung der Vieh- und Schlachthöfe zu beteiligen; ad E bemerke ich, daß die Frage der Preisnotierung zur Zuständigkeit des Handelsministeriums gehört, und daß sie schon der Gegenwart der eingehenden Erwägung in landwirtschaftlichen Interessenvertretungen, namentlich im Landwirtschaftsrath gewesen ist. — Der größte Theil der Anträge kann also von der Regierung zur Ausführung gebracht werden. (Weisfall.)

Abg. Gump (L.) spricht dem Minister für seine entgegenkommende Erklärung, welche Haus und Land mit ungetheiltem Weisfall aufnehmen würde, seinen Dank aus. Die Resolution des Abgeordnetenhauses habe den Gang der Sache beschleunigt und die loyale und objektive Haltung des Abgeordneten und Stadtverordneten-Vorlesers Langerhans habe die Sache wesentlich gefördert. Sei einmal eine strenge Kontrolle eingeführt, so würde die deutsche Landwirtschaft im Stande sein, den Viehbedarf in Deutschland zu decken. Eine Landquarantäne würde dadurch möglich sein, daß man die Einfuhr auf ganz bestimmte Stationen beschränkte. Schließlich kommt Medner auf die Steinbrucher Seuche zu sprechen und bittet den Minister darüber um Aufschluss, wie es geschehen konnte, daß kurze Zeit, nachdem er erklärt hätte, daß in Steinbruch keine Krankheitsfälle vorgekommen seien, der ungarische Minister im dortigen Abgeordnetenhause konstatiert habe, daß eine Viehseuche bestände und daß sie schon seit 1860 sporadisch aufgetreten sei.

Minister v. Hammerstein erklärt, daß nach seiner damaligen Mittheilung die Nachricht eingegangen sei, daß einige wenige Fälle von Viehseuche vorgekommen seien, infolgedessen sei die Einfuhr gesperrt worden, sodas eine Uebertragung der Krankheit verhindert worden sei. Die Untersuchung über die Sache schwebe noch.

Abg. Gerold (Z.) verteidigt einen von ihm und anderen Mitgliedern beantragten Zusatz zu A. 2, wonach die Einfuhr gänzlich verboten werden kann, wofür die Unsicherheit nicht mit Sicherheit nachgewiesen werden kann.

Abg. Kuebel (M.) hält eine Verschärfung der veterinärpolizeilichen Maßregeln für durchaus erforderlich im Interesse der inländischen Viehproduktion.

Abg. v. Wendel-Steinfeld (L.) spricht dem Minister seinen wärmsten Dank aus. Die Landwirtschaft fühle sich von einem Alp befreit, daß sich endlich an der leitenden Stelle ein Verständniß für die Forderungen der Landwirtschaft auf Seuchenschutz Bahn breche. Am schwersten wiege es, wenn die Grenze fortwährend auf- und zugemacht werde; kaum sei die Grenze geschlossen und kaum hätten sich die Landleute auf die Schweinezucht geworfen, so würde die Grenze schon wieder geöffnet und unser Land mit österrösischen Schweinen überschwemmt. Während nun das inländische Fleisch aus das rigoroseste unter- suchung werde, unterliege das aus Amerika, Büchsenfleisch, Speck und die Margarine nahezu keiner Kontrolle. Auf eine Nachsicht der Viehhändler müßte eventuell auf dem Wege der Gesetzgebung hingewirkt werden, denn die Viehhändler seien keine Zwischenhändler mehr, sondern Großhändler im Sinne des Handels-Gesetzbuches. Die Viehrampen auf den kleinen Stationen seien fast nirgends geprüfert und befanzt; der Staat müßte dafür sorgen, daß diesem Fehler abgeholfen wird. Die Veterinärbeamten können der Seuchengefahr wirksam nur entgegenzutreten, wenn sie durch eine angemessene Salairierung in dem Stand gesetzt werden, sich ihrer Aufgabe ausschließlich zu widmen.

Minister v. Hammerstein: Eine Verbesserung unserer Veterinärbeamten will ich gern in Erwägung nehmen und hoffe, daß wir im nächsten Etat die Mittel dazu beanspruchen können. Geheimrath Meyer befreit, daß der Schmuggel eine große Rolle spiele.

Abg. Ring (L.) richtet an den Minister die Anfrage, wie es möglich sei, daß unter den Augen des Staatsministeriums und unter der Kontrolle eines solchen Kommissars vom Polizeipräsidenten in Berlin die Zustände auf dem Nummernburger Viehmarkt jahrelang hätten bestehen können. Das gesammte preussische Veterinärwesen bedürfe dringend einer Kenderung.

Minister v. Hammerstein: Die Nothwendigkeit einer Kenderung des Nummernburger Magerviehmarktes ist bereits festgestellt, und es soll mit aller Energie das Erforderliche geschehen.

Abg. Langerhans hält nach dem Bericht des Direktors des Berliner Viehhofes seine Behauptung aufrecht, daß wohl am nächsten Tage nach einem Markt noch Viehbestände dagewesen seien, aber niemals bis zum nächsten Markttage.

Abg. Samiak (L.) empfiehlt eine stärkere Grenzbeobachtung gegen den Schmuggel.

Damit schließt die Diskussion.

Die Anträge der Kommission werden mit dem Antrage Gerold angenommen.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Zugdschein-Gesetz; Interpellation Kintelen; Antrag Hobrecht, betreffend Rentengüter.)

## Soziale Ueberblick.

Die Mannheimer Bäcker-Zunung hat unter Berufung auf die angeblich „erhöhten Mehlpreise“ den Brotpreis emporgeschraubt. Selbst Mitglieder der Zunung scheinen diesen Preis gegen den Geldbeutel der Konsumenten für bedenklich zu halten, denn der Vorstand der Zunung verhandelte am 20. Juni d. J. mit dem Vorstand der Bäckerei, es gäbe noch Bäcker, die zu den alten Preisen verlannten, gefagt ist: Wir müssen unsere Kollegen ganz dringend ersuchen, an den oben genannten (neuen) Preisen festzuhalten und werden gegen diejenigen, welche zu widerhandeln, vorerst unsere Mitglieder durch Zirkulare die betreffenden Namen als Pflücker und Geschäftsverderber brandmarken, diese schädigen sich selbst und ihre Kollegen.

Diese unverkäufliche Androhung der Verurtheilung sollte sich mal eine Arbeiterorganisation erlauben — von Wemel bis nach Konstanz wäre unter den „gutgefinnten Staatsbürgern“ des Reiches kein Ende, und die Staatsanwälte wären sofort auf dem Plan, um die Uebelthäterin zu fassen. Zu dem Zirkular der Mannheimer Bäcker-Zunung ist aber noch eine schöne Stelle, nämlich folgende: „Ferner machen wir bekannt, daß am 18. d. M. der Vertrag mit den Fabrikanten Herren Sinner, Müller u. Feder abgeschlossen wurde; derselbe tritt mit dem 1. Juli 1896 in Kraft auf die Dauer von 5 Jahren, danach ist ein jedes Mitglied durch seine eigene Unterschrift verpflichtet, seinen Preisbedarf nur aus diesen beiden Fabriken zu entnehmen. Derjenige, der diesen Vertrag umgeht und andere Hefe als von obigen beiden Fabriken bezieht, verfällt einer Konventionalstrafe von einhundert Mark.“

Der Mißbrauch der vom Staate protegirten Zunungen läßt ahnen, was erst für Zustände einreißen würden, wenn die Gesetzgebung den Zunungsmitgliedern noch mehr Konzessionen machte, als schon geschehen ist. Die Berufung auf die „erhöhten Mehlpreise“ ist übrigens durchaus nicht zutreffend. Seit zwanzig Jahren, sagt die Mannheimer „Volkstimme“, hat der Getreide- und Mehlpreis nicht so niedrig gestanden als dieses Jahr. Wenn auch vor einigen Wochen durch spekulative Berichte über bevorstehende schlechte Ernten in Amerika und Ungarn der Getreidepreis etwas angezogen hat, so ist er doch schon lange wieder gesunken und liegt im Durchschnitt um 6-8 M. pro Doppelcentner niedriger als vor zwei Jahren, so daß sich eine Erhöhung der Brotpreise in keiner Weise rechtfertigt, sondern im Gegentheil die Konsumenten einen Abschlag verlangen könnten, ohne daß die Bäcker befürchten müßten, zu verhungern. Aber die Herren Brotpfabrikanten fühlen sich. Sie haben in ihrer Zunung so eine Art Lokal-Trußt und glauben, vermittelst desselben die Brotpreise dem Publikum nach ihrem Willen diktiert zu können.

Durch eine Dopsenpflückermaschine, die von einer bayerischen Schlosserwaaren-Fabrik hergestellt wird, droht der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine große Schmälerung der Erwerbsgelegenheit. Der „Münchener Post“ schrieb ein Dopsenbauer darüber: Die Maschine raubt, wenn sie zur Einführung gelangt, wieder hundert von Menschen Arbeit und Verdienst. Um einen Centner Dopsen zu pflücken, brauchen fünf Mann mindestens zwei Tage Zeit, mit Hilfe der Maschine pflücken fünf Mann in zwei Tagen fünf Centner, also fünfmal so viel. Die Arbeit wird besser und geht, was bei der Dopsenernte von großem Vortheil ist, rasch von flatten.

In einer sozialistischen Gesellschaft wären solche Erfindungen für jedermann von Segen; bei der heutigen, kapitalistischen „Ordnung“ der Dinge, werden sie für weite Kreise der Bevölkerung gewissermaßen zum Fluch.

## Parteinachrichten.

Die Parteigenossen Breslau's wählten eine Kommission, die mit der Vorbereitung des deutschen Parteitagbes beauftragt ist. Der Kommission gehören die Genossen Bruhs, Geiser, Harz, Hecker, Stowronski, Wenke und Wintler an. Zutreffend sind an den Vorsitzenden der Kommission, Julius Bruhs in Breslau, Redaktor der „Volkswacht“, zu richten.

Agrarkommission. Unser Leipziger Parteigänger schreibt: „Betreffs der Verhandlungen der Agrarkommission bezeichnet der „Vorwärts“ die auch von uns gebrachte Mittheilung von der Ernennung des Genossen Quard zum Referenten als Indiskretion. Wir finden diesen Vorwurf nicht gerechtfertigt. Die Bestellung des Referenten gehörte zu den Formalien der Verhandlungen, die von der Veröffentlichung nicht ausgeschlossen waren, während die Vertraulichkeit sich nur auf den Inhalt des Programmentwurfs, dessen Veröffentlichung dem Parteivorstand überlassen wurde, bezieht. Das der „Vorwärts“ von dem Rechte der Ernennung des Referenten keinen Gebrauch gemacht hat, verpflichtet andere Parteigänger nicht zur gleichen Enthaltung.“

Allerdings haben wir die in der Kommission getroffene Vereinbarung etwas weiter gefaßt. Erstreckte sich die Diskretion bloß auf den Programm-Entwurf, so hätten wir ja gar nicht nöthig, in bezug auf die zweitägigen Verhandlungen, „Enthaltung“ zu üben. Wir thun dies trotzdem, weil uns für unser gegebenes Wort nur unsere eigene Auffassung maßgebend ist.

Unser Frankfurter Parteigänger meldet: „Genosse Vollmar ist auf dem Wege der sorgfältigen Vesperung; er kann schon wieder ersichtlichweise an einem Theile der Arbeiten der Agrarkommission theilnehmen und mit der eingesetzten Redaktionskommission persönlich konferieren.“

Der erste Theil der Notiz ist richtig; der zweite trifft nur insoweit zu, als ein Mitglied der Redaktions-Kommission persönlich mit Vollmar konferieren wird, damit dieser von den Verhandlungen genaue Kenntniß erlangt. Das etwaige Wünsch nach Möglichkeit berücksichtigt werden, verheißt sich ebenso von selbst, wie daß seine Theilnahme an den Schlussverhandlungen der Agrarkommission, die unmittelbar vor dem Parteitag noch einmal zusammentritt, und in den Programm-Beratungen des Parteitagbes alsbald erwünscht wird.

Bei den Gemeinderath-Wahlen in Mühlheim in Hessen siegten die drei Kandidaten unserer Partei. In Dietesheim, gleichfalls in Hessen, wurden die ausgeschiedenen beiden sozialdemokratischen Gemeinderath-Mitglieder einstimmig wiedergewählt.

Polizeilich, Gerichtliches etc.

— Reichstags-Abgeordneter Herbert in Steintin hatte sich am Dienstag vor dem dortigen Landgericht wegen Beleidigung zu verantworten, die in einer Mittheilung des „Volkboten“ gesunden worden ist, die die feinerigste viel erörterte Behandlung der Frau und des Parteigenossen Peus in Magdeburg durch den dortigen Staatsanwalt Maizier betraf. Der seit 1. Oktober v. J. in Steintin angehaltene Staatsanwalt Oppermann beantragte gegen Herbert 3 Monate Gefängniß und begründete, wie der „Volkbote“ schreibt, dieses hohe Strafmaß damit, daß die Leser des „Volkboten“ Sozialdemokraten seien. Die Sozialdemokraten lebten in der Vorstellung, daß sie zu hart von den Behörden angefaßt würden. Diese Vorstellung solle durch die betr. Mittheilungen des „Volkboten“ bei den Lesern noch bestärkt werden. Da sei

ein Verfahren, das scharf bestraft werden müsse. Herr Oppermann hatte vorher zu Gunsten seines Magdeburger Kollegen Maizier erklärt, daß dieser die Frau Peus bedauert habe; er (Oppermann) hätte vielleicht nicht einmal so viel gethan. Herbert erwiderte in seiner Vertheidigungsrede, daß, wenn jemals eine Sache mild zu beurtheilen wäre, dies hier der Fall sei. Das Herz krampe sich einem zusammen, wenn man den Brief der Frau Peus höre, worin diese bittet, ihren Mann freizulassen, damit er in der schweren Stunde der Entbindung bei ihr sei, in welcher jede Frau mit einem Fuße im Grabe liege. Wenn der Vertreter der Staatsanwaltschaft den Grundsatz proklamirte, daß die Strafe deshalb so hoch sein müsse, weil die Leser des „Volkboten“ Sozialdemokraten seien, so dürfe man sich nicht wundern, wenn im Volke das Gefühl der Rechtslosigkeit verloren gehe, wenn das Volk dranken sage, Herbert komme nur deshalb ins Gefängniß, weil er Sozialdemokrat sei. Schon einmal, als er in Stargard zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde, sei die Höhe der Strafe mit der sozialdemokratischen Tendenz des „Volkboten“ begründet worden. Das Reichsgericht habe damals ausgesprochen, daß dies unzulässig ist, aber da dies zu den thatsächlichen Feststellungen gehörte, so hätte das Urtheil aus diesem Grunde nicht aufgehoben werden können. Das Reichsgericht habe also anerkannt, daß er zu Unrecht so hoch bestraft worden sei, es habe aber kein Mittel gehabt, die Strafe zu mildern. Der Staatsanwalt Oppermann verwahrte sich gegen Mißverständnisse, Herbert erwiderte jedoch, er habe sich die Worte des Staatsanwalts sofort notirt. Das Urtheil lautete auf nur 80 M. Geldstrafe, was bis jetzt die geringste Strafe ist, die Herbert in einer von der Staatsanwaltschaft vertretenen Anklage je erhalten hat. Das Steintiner Landgericht hat der Ansicht des Staatsanwaltes, eine Gefängnißstrafe anzusprechen, weil es sich um einen Sozialdemokraten handelte, also offenbar keine Folge gegeben. Aber gleichwohl — bemerkt der „Volkbote“ zutreffend — müssen die staatsanwaltschaftlichen Worte lebhaftest Beunruhigung hervorrufen. Wie, wenn sich der Gerichtshof den staatsanwaltschaftlichen Lockungen gefügig zeigte? Wenn früher jemand behauptet hätte, die Strafe solle deshalb so hoch werden, weil die Leser unseres Blattes Sozialdemokraten sind, so wäre eine Anklage wegen Beleidigung des Staatsanwalts sicher erfolgt. Und nun kommt dieser selbst und erklärt dies mit voller Ueberzeugung, denn die Rede war vorher aufgeschrieben!

— Eingestellt ist das Verfahren, das gegen die Deuter der „Volkstimme“ in Frankfurt a. M., die Parteigenossen Schmidt und Kobisch, auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuches eingeleitet war. Die angestellten Ermittlungen haben nichts Belastendes ergeben. Demnach haben sich die Hälter des Gesetzes wieder einmal überflüssige Arbeit und dem Staate unnöthige Kosten gemacht.

— Ein wegen angeblicher Verletzung des § 130 gegen Frau Emma Ihrer eingeleitet gewesenes Verfahren ist von der Quedlinburger Staatsanwaltschaft eingestellt worden.

— In Halle a. S. sollte der Parteigenosse August Groß bei der Märzfeier eine „unerlaubte Kollette“ veranstalten haben, wofür er zu 15 M. Geldstrafe verurtheilt wurde. Das Landgericht als Berufungsinstanz erkannte auf Freisprechung.

— In Nürnberg wurde der Redakteur der „Fränkischen Tagespost“, und der „Fürther Bürger-Zeitung“, Genosse Gärtnner, vom Schwurgericht wegen Verurtheilung zu einem Monat Gefängniß verurtheilt, weil er in Sachen des Streiks bei Marschhäuser eine ihm zugeordnete Mittheilung folgenden Inhalts veröffentlichte: „Wir geben bekannt, daß der Schlosser Aug. Dör jr., Wirthschaft zum Cambrinus, Marienstraße, gestern früh an den Streikenden zum Verräther geworden ist. Das Streikkomitee.“ Der Gärtnner der Mittheilung, ein von der Anklage als Anarchist bezeichnete Arbeiter namens Müller, früher in Frankfurt a. M. und Neumarkt i. O., der außer der Verurtheilung und der Bedrohung noch des Betrugsversuchs beschuldigt wurde, erhielt wegen beider Vergehen 8 Monate Gefängniß. Der Betrugsversuch ist darin erblickt worden, daß Müller an die Firma Hillmann, Herbert u. Cooper einen Brief richtete, wonach die Firma Marschhäuser gelegentlich des Streiks bei ersterer (die nicht der Unternehmer-Koalition angehört) an die Streikenden 3000 M. gezahlt habe; die Firma Hillmann, Herbert u. Cooper solle sich jetzt revanchiren, indem sie einen Theil jenes Betrages an die jetzt Streikenden der Marschhäuser Fabrik herauszahle. Marschhäuser hat jedoch eine solche Zahlung nicht geleistet. Müller erklärte, er habe an jenes Gericht geglaubt.

## Gewerkthattliches.

Vor Juzug von Maurer nach Kopenhagen wird gewarnt. Zahlreiche Maurer sind dort arbeitslos, so daß die in deutschen Blättern annoncirten Maurer-Gesuche nur von Unternehmern ausgehen können, die die Arbeitsbedingungen der Maurer Kopenhagens verschlechtern möchten.

In Halle a. S. verlangten die Zimmerer bis zum 6. Juli von den Meistern Antwort, ob sie den bereits in früheren Jahren bewilligten Mindestlohn von 40 Pf. pro Stunde in Zukunft bedingungslos zahlen und den Feiertag freizugehen lassen wollen. Die Maurer-Arbeitsleute beschloßen, nächsten Sonnabend an allen Bauten die Arbeit niederzulegen, wenn nicht der schon im Jahre 1899 versprochene Stundenlohn von 30 Pf. der jetzt auf 25, ja auf 22 und 20 Pf. gesunken ist, gezahlt wird. Betreffs der Allorbdhne wird gefordert: 1 M. pro 1000 Steine für den Transport nach dem Keller, 1,25 M. für das Tragen nach dem Erdgeschoß und für jedes weitere Stockwerk 50 Pf. mehr.

Der Zentralvorstand des deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes hat in Gemeinschaft mit dem Ausschuss am Sonntag in einer Sitzung in Bochum beschloßen, daß während der Haft der Verbandsbeamten Schröder und Meyer der Bergmann Heinrich Müller in Weimar den Verband provisorisch leitet. Alle Verbandsgeschäfte nehmen ungestört ihren Fortgang. In den Adressen tritt keine Veränderung ein. Der Vorstand beschloß noch, die Vertheidigung der wegen angeblichen Meineides inhaftirten Bergleute den Rechtsanwältin Niemegeyer-Effen und Langmann-Güldenfeld zu übertragen.

Der Bergarbeiterstreik in Reschiga dauert fort. Die Deputation, die zum Handelsminister geschickt wurde, hatte erwirkt, daß der Minister Untersuchung durch einen Regierungskommissar versprach. Der Herr ist denn auch gekommen, hat sich aber, ohne mit den Streikenden in Fühlung getreten zu sein, noch am Tage seiner Ankunft wieder gedrückt, unter dem läppischen Vorgeben, die Sache gehöre nicht in sein Ressort, sondern in das des Finanzministers. Die Bergleute sind über das Verfahren des Regierungsvertreters, den sie nicht einmal zu sehen bekamen, ungeheuer entrüstet, so sehr, daß befürchtet wird, es könnte zu Gewaltthaten der weniger besonnenen Elemente gegen die Streikverwalter und die mit fast beispielloser Häßlichkeit auftretende Polizei kommen. Unser Budapester Parteigänger, die „Nepzava“, ruft deshalb den Bergleuten Reschiga's zu: Wir warnen als aufrichtige Freunde vor jedem übereilten Schritt; barret aus im Kampfe, aber verlasst nicht die Bahn der Vernunft, um den Gegnern eine Waffe in die Hand zu drücken. Seid einig und durch dies allein müßt Ihr als Sieger aus diesem schweren Kampfe hervorgehen.“

## Depeschen.

(Depeschen-Bureau Gerold.) Rom, 4. Juli. Der König soll die dem Ministerpräsidenten Crispi zugebachtene Kenderhöhung bei der Ankunft des Herzogs und der Herzogin von Kosta eintreten lassen. Crispi wird den Titel eines Herzogs oder Fürsten von Calatafimi erhalten.

## Lokales.

Die Preßkommission besteht aus folgenden Mitgliedern:  
Im 1. Wahlkreis: Johannes Timm, Alte Jakobstraße 18/19, v. 2 Tr.; S. Sogla, Lüdenerstr. 14, v. 2 Tr.  
Im 2. Wahlkreis: P. Jacob, Gneisenaustr. 89 bei Springer; Hermann Silber Schmidt, Gilmstr. 25.  
Im 3. Wahlkreis: Hoch, Mantuffelstr. 51a; Pohl, Stalinerstr. 118.

Im 4. Wahlkreis (Ost): Franz Thielke, Straußbergerstr. 32, v. 2 Tr. — (Südost): Richard Meyer, Cuvrystr. 22, v. 2 Tr.

Im 5. Wahlkreis: J. Bernau, Rosenthalerstr. 57.  
Im 6. Wahlkreis: Dito Schmidt, Schwedterstr. 22, Seitenstr. 4 Tr.; Heinrich Weiswenger, Soldinerstr. 41.

Zufchriften resp. Beschwerden, welche die Preßkommission angeht, sind entweder an den Vorsitzenden, Genossen Richard Meyer, Cuvrystr. 22, v. 2 Tr., oder an die betr. Mitglieder der einzelnen Wahlkreise zu richten.

An die Parteigenossen von Mariendorf und dessen Umgebung ergeht die Mitteilung, daß der Tempelhofer Arbeiter-Gesangverein Harmonie I (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes) im Livoli zu Tempelhof, einem Lokal, das der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht, am 6. Juli einen „Sommernachtsball“ abhalten will, zu dem läßt die Arbeiterschaft von Tempelhof und Umgegend eingeladen ist. Dies ist das zweite Vergnügen, welches der Verein in einem Lokal abhält, das der Arbeiterschaft zu Versammlungen verweigert wird. Eigenartige Ansichten müssen die Mitglieder des Gesangvereins von den Beschlüssen der um ihre Rechte kämpfenden Arbeiterschaft haben, Ansichten, die um so bedauerlicher zu nennen sind, als die Mitglieder der Harmonie I sich in ihrer Mehrzahl als Parteigenossen aufspielen. Ist zu dem ersten Verstoß des Vereins von uns geschwiegen worden, so erwacht uns jetzt um so nachdrücklicher die Pflicht, die Arbeiterschaft vor einer Verheiligung an diesem Feste abzurufen. Zwei Jahre sind es jetzt, daß die Tempelhofer und Mariendorfer Wirthe uns hohnlachend ihre Räumlichkeiten zu Versammlungen verweigern. Um so energischer hat die Arbeiterschaft daher auf strenge Beobachtung der Lokalgesetze zu dringen, soll ihr der Sieg in dem gegenwärtigen Kampfe zu theil werden. Die Lokalkommission von Mariendorf und Umgegend.

Dem Verdienste seine Krone. Staatsanwalt Benedix soll veretzt werden, und zwar wird er erster Staatsanwalt in Guben. Staatsanwalt Benedix ist bekanntlich in Gemeinschaft mit Herrn Krause in der nicht existierenden Dessenlichkeit zu einer Verurteilung allerniedrigsten Grades geworden. Im Kampfe gegen den Umsturz hat er mindestens ebenso viel getan wie sein nach dem weltabgeschiedenen Onkel veretzter Hamburger Kollege, der durch die bekannte Meinungsänderung zur Beachtung gelangte Staatsanwalt Komen. Eminente Leistungen hatte Herr Benedix aufzuweisen im Gummischlauch-Prozess. Wir erinnern nur an die geschmackvolle Zusammenstellung des unglücklichen Zeugen Ahlefeldt mit dem Zeugen Oberst von Egidy, an die Klage, ob es mit dem von den Verteidigern gewählten Ton so weiter gehen solle, an die schönen Worte von den Jagdhieben, die bei der Affäre am Friedrichshain gefallen, und an die prophetische Verurteilung von dem Segen des Prozesses, der zu einem Vertrauensvotum des Publikums für die Polizei führe. Auch der folgenden im Gummischlauch-Prozess gefallenen Worte des Herrn Staatsanwalts Benedix sei mit der bei uns Sozialdemokraten leider nur in spärlichem Maße vorhandenen Pietät gedacht:

„Ich habe auch meinerseits das Verlangen, daß allen, welche hier vernommen worden, ihr Recht werde, und in diesem Sinne werde ich jede einzelne Aussage der Entlassungszeugen nachprüfen daraufhin, ob die Geschädigten nicht unter denen waren, welche den Angriff auf die Polizei machten.“

Es ist ein Jammer, daß diese Nachprüfung ein durch und durch negatives Resultat hatte. Später that sich Herr Benedix noch besonders hervor durch seine Thesen gegen den „Sozialist“ und durch die literarische Leistung, die er in der „Nordd. Allgem. Zig.“ in Sachen der sozialdemokratischen „Kaiserhoch-Verweigerung“ vom 5. Dezember v. J. vollbrachte. Herr Benedix ist ganz der Mann, es unter dem heute herrschenden System noch sehr weit zu bringen.

Bezeichnend für die Aengstlichkeit des größten Theils der Berliner Presse ist es, daß die Gerichtsverhandlung über die standhaften Vorgänge auf dem Bahnhof Wedding am Donnerstag Morgen außer im „Vorwärts“ nur in zwei hiesigen Blättern wiedergegeben ist, trotzdem der betreffende Bericht allen Redaktionen zugesandt wurde. Man sieht, die hiesige Presse ist bemüht, sich der Komplimente, die ihr bei der Nordostsee-Kanalfeier von Herrn v. Köller gemacht worden sind, in vollem Maße würdig zu erweisen.

Ueber den Werth, den die Balkone bei Rettung aus Feuergefahr haben, äußert sich Branddirektor Siereberg in einer Aufschrift an die „D. Bangz.“: „Bei Häusern, welche auf Vorder- und Hinterfront Balkone haben, könnte die durch viele Bauordnungen vorgeschriebene zweite Treppe oft in Fortfall kommen. Als ein ganz besonderer Fehler ist es aber zu kennzeichnen, wenn nur in einzelnen Geschossen Balkone gefaltet werden. Vielmehr sollte überall, wo in Geschossen Balkone angeordnet werden, mindestens gefordert werden, daß dies auch in allen darüber liegenden Geschossen in gleicher Ausdehnung geschieht. Der Grund zu dieser Forderung liegt darin, daß, wenn in unteren Geschossen Balkone bestehen, man auf den betreffenden Fensterräumen für die in den oberen Geschossen befindlichen Personen nur dann das Sprungloch zur Rettung in höchster Gefahr anwenden kann, wenn die Sprungbahn frei ist. Diese ist aber nur frei, wenn die Absprungsstelle ebenso weit von der Hausflucht vorsteht, wie alle unter ihr befindlichen Haustheile. Ebenso sollte man Erker stets durch alle Geschosse aufnehmen oder in den oberen Geschossen Balkone anordnen, welche in gleichem Maße vor die Hausflucht vortreten, wie die in den unteren Geschossen angeordneten Erker.“

Ueber Tarifverhältnisse im Stadt- und Vorortverkehr, die trotz wiederholter Vorstellungen bei der Eisenbahndirektion noch nicht abgeändert sind, wird geschrieben: 1. Zweierlei Preise läßt sich die Bahnverwaltung für die Fahrstrecke zwischen Bahnhof Berlin Friedrichstraße und Stralau-Rummelsburg bezahlen. Die „Stadtbahn-Fahrkarten“ kosten für die 3. Klasse 20 Pf., für die 2. Klasse 30 Pf.; die „Vorort-Fahrkarten“ kosten nur 10 und 15 Pf. Da aber die Benutzung der Stadtbahnzüge auch mit Vorortzug-Fahrkarten gestattet ist, so wird jeder bei Benutzung der letzteren um die Hälfte billiger fahren als mit Stadtbahn-Fahrkarten. 2. Eine Fahrkarte vom Potsdamer Ringbahnhof in Berlin nach dem Vorort Stralau kostet 3. Klasse 10 Pf., 2. Klasse 15 Pf. Die Entfernung beträgt 14,2 Kilometer. Eine Fahrkarte vom Potsdamer Ringbahnhof nach dem Vorort Grunewald kostet das Doppelte. Die Entfernung beträgt 10,8 Kilometer. Man wende nicht ein, daß dieser Unterschied etwa darin begründet sei, daß dies an dem Bahn-Stationentarif liege; denn sowohl Stralau wie Grunewald sind die fünfte Station von Berlin. 3. Eine

Monatskarte 3. Klasse für die 19 Minuten dauernde Fahrt Berliner Bahnhof-Adlershof kostet 7 Mark, eine solche für die 30 Minuten dauernde Fahrt Schöneberg-Rummelsburg nur 3 Mark!

Statistisches von der Invaliditäts- und Altersversicherung. Als der neugewählte Ausschuss der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin am Montag seine erste Sitzung abhielt, machte in seiner Begrüßungsansprache der Vorsitzende des Vorstandes Dr. Freund einige sehr interessante Mittheilungen über die bisherige Geschäftstätigkeit der Anstalt. Hiernach beträgt die Zahl der versicherungspflichtigen, in Berlin beschäftigten Personen ca. 420.000, für welche bis Ende 1894 ca. 77 Millionen Markten verwendet worden sind. Diese Markten sind in 1.400.000 Stück Quittungskarten eingeklebt, welche bei der Anstalt aufbewahrt werden. Die Zahl der bisher bewilligten Renten beträgt an Rentenrenten 2863, an Invaliditätsrenten 1974, im ganzen 4837. Hier von sind bereits durch Tod u. s. w. erloschen 918. Die jährliche Belastung der Anstalt mit Rentenzahlungen beträgt rund 300.000 M. Bis jetzt sind im ganzen von der Berliner Anstalt ausschließlich des Reichsausschusses rund 1 Million Mark an Renten gezahlt worden. Das Vermögen der Anstalt beträgt rund 20 Millionen Mark. In das Sanatorium Gütergoh sind bis jetzt 196 Personen aufgenommen und 124 daraus entlassen worden, und es kann nicht allen Anträgen auf Aufnahme entsprochen werden. Die Bewerber werden notirt und gelangen nach der Reihenfolge ihrer Meldung zur Aufnahme. Bei der Wahl des Vorsitzenden wurde Brauereidirektor Frh. Goldschmidt von Arbeitgebern und Arbeitnehmern einstimmig zum Vorsitzenden des Ausschusses, Maurer Siemnowski zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Explosion auf dem Uebungsplatz der Luftschiffer-Abtheilung. Unter einem starken Knall explodirte am Mittwoch Abend um 6 1/2 Uhr, ein Luftballon auf dem Uebungsplatz der Militär-Luftschiffer-Abtheilung. Leider hat der Unfall ein Menschenleben gekostet. Verletzt wurden vier Pioniere, drei leicht und einer schwer. Alle vier wurden in das Garnison-Lazareth II zu Tempelhof gebracht. Hier ist in der vergangenen Nacht um 2 Uhr der Schwerverletzte, der Pionier Bucherpfennig aus Lüben bei Glogau seinen Wunden erliegen. Bucherpfennig diente, ebenso wie die anderen Verletzten im ersten Jahre. Er war durch Brandwunden entsetzlich zugerichtet worden und hatte sich außerdem, als er durch die Explosion zurückgeschleudert wurde, einen Fuß gebrochen. Die drei anderen Pioniere sind nicht lebensgefährlich verletzt. Wie das Unglück entstanden ist, steht noch nicht fest. Die Mannschaften waren mit dem Entleeren mehrerer Uebungsballons beschäftigt. Der explodirte Ballon war glücklicher Weise der einzige, der noch gefüllt war, sonst hätte das Unglück leicht einen großen Umfang annehmen können. Es wird behauptet, die Explosion sei dadurch entstanden, daß man am Ventil des Ballons feilte. Ob es richtig ist, steht jedoch dahin.

Noch einiges von der Höllemaschinen-Geschichte. In einem fesselhaften Gegensatz zu der Bedeutungslosigkeit und relativen Harmlosigkeit, welche der Benzinwendung an den Polizeibeamten Krause von dem nicht in gewerbmäßiger Sensation machenden Theil der bürgerlichen Presse beigelegt wird, steht die Aufregung, mit der man in behördlichen Kreisen der Angelegenheit anscheinend immer noch gegenübersieht. Der Polizeioberst Krause hat an die Berliner Schulpolizei einen sog. Tagesbefehl erlassen, in dem es voller Ehemuth heißt: „Möge uns dieser Anschlag eines Wahnwichtigen bekämpfen in der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit des unentwegten Festhaltens an der allwärtigen Königstreue und Pfllichtliebe, durch welche sich die Berliner Schulpolizei von jeher ausgezeichnet hat.“ Eine derartige Betrachtung der Sache in Kreisen, wo ruhiges Blut in allen Lagen ein notwendiges Erfordernis ist, mag wesentlich bekräftigt worden sein durch eine Botschaft, mit der der Kaiser den Polizeibeamten Krause zu erkreuen gesucht hat. Der Kaiser meldete dem Beamten: „Mit Achsen habe ich von dem Anschlag vernommen, der gegen Sie geplant war. Durch Gottes Vorsehung ist mir ein braver Offizier und ein unerwählter treuer Diener meiner Vorfahren und meiner Person erhalten. Möge Ihre bewährte Kraft noch lange zum Wohle des Gemeinwefens meiner Residenz und ihrer braven Söhne unterstehenden Schulpolizei uns allen erhalten bleiben.“ Die „Börs.-Zig.“ sagt von der Sendung: „Nach den Besprechungen ist die Höllemaschine ein Machwerk von geradezu naiver Konstruktion. Wir wollen gern zugeben, daß sie unter besonders ungünstigen Verhältnissen beträchtlichen Schaden, namentlich an Materialien hätte anrichten, bezweifen aber, daß sie für die Person des Dessnenden wirklich lebensgefährlich hätte werden können.“ Ein Berichtserfasser weiß jetzt sogar noch zu melden, daß für den Kaiser eine „Denkschrift“ über den Attentatsversuch angefertigt worden sei. Von dem „Attentatsversucher“ fehlt auch heute noch jegliche Spur.

Die neueste Version in der Attentatsgeschichte geht dahin, daß der Anschlag gegen den Polizeiobersten Krause von zarter Hand ins Werk gesetzt worden ist. Die Person, welche die Riste auf dem Balken in Färsternwalde abgeliefert hat, soll ein Mädchen in Männerkleidern gewesen sein, das durch seinen Tituslopp und den Damenfighnt, den es trug, nicht allein dem Postbeamten, sondern auch anderen Leuten in Färsternwalde aufgefallen sei. Die Person soll später in der Richtung nach Frankfurt weiter gefahren sein.

Es hat einen Anstrich von Iomischer Verlegenheit, wenn angesichts dieser angeblichen neuesten Wendung der Attentats-affäre abermals treuherrlich versichert wird, man halte auch angesichts der neuesten Spur in den maßgebenden Polizeikreisen daran fest, daß das Attentat keinen politischen Hintergrund habe.

Werkwürdig patriarchalische Gebräuche werden den Arbeiterinnen gegenüber in Anwendung gebracht, die in der Aktien-gesellschaft der Berlin-Adlersdorfer Gutfabrik, Fruchtstraße 8, beschäftigt werden. Neben etwa 25 Männern, die bei dieser Firma thätig sind, steht dort ungefähr die gleiche Anzahl Mädchen und verheiratheter Frauen in Arbeit. Diese werden sämmtlich von dem Meister Julow, der über ihnen steht, sans façon geduzt, ohne Rücksicht darauf, ob der Herr sie genau, weniger genau oder gar nicht kennt. Auch sonst beklagen sich die Arbeiterinnen zum Theil über die Grobheiten, die ihnen vom Meister an den Kopf geworfen werden und zum Theil wieder über die allzu große Liebendwürdigkeit, mit der er ihnen unter Umständen gegenüber tritt. Vielleicht sorgt die Direktion der Gesellschaft für einige Abhilfe.

Die kürzlich gemeldete Ergreifung des entsprungenen Räubers Richard Erpel in Schwinde stellt sich als Irrthum heraus. Erpel ist vielmehr auf dem Winkener Bahnhof gefangen worden, hat sich aber seiner Verhaftung wiederum durch schleunige Flucht zu entziehen gewußt.

Gesperret ist für Fuhrwerk und Reiter vom 8. Juli ab die Chaussee am Koubuser Ufer von der Forsterstraße bis zur Matiborstraße.

Durch Messerfische ist ein Mann erheblich verletzt worden, der am Mittwoch Abend gegen 11 Uhr vor dem Hause Schiffbauerdamm 26 hüßlos aufgefunden wurde. Ein Schuhmann des

5. Polizeireviere fand ihn dort und brachte ihn mit einer Droschke in ein Krankenhaus. Der Verletzte ist noch nicht soweit Vernehmungsfähig, daß er über seine Persönlichkeit und den Vorgang, bei dem er die Messerfische erhalten hat, Auskunft geben könnte.

Der Kutscher Albert Schulze aus der Schulzendorferstraße 14 fuhr am Mittwoch Nachmittag gegen 8 Uhr mit seinem Arbeitsfuhrwerk das Alexanderufer entlang an der Stallung eines Pferdehändlers vorbei. Auf dem Hofe der Pferdehandlung war ein Pferd wild geworden und rannte auf die Straße hinaus, als gerade der Arbeitswagen vorbei kam. Ueber diesen setzte es hinweg und riß den Kutscher von seinem Sisse herunter, so daß er auf die Straße fiel. Nun wurden auch Schulze's Pferde scheu und gingen durch. Dabei wollte der Wagen über den Kutscher hinweg und verletzte ihn am Oberschenkel so schwer, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Eine dunkle Angelegenheit beschäftigt jetzt die Spandauer Polizei und die Staatsanwaltschaft am Landgericht II. Am 10. April d. J. verschwand spurlos ein Schlosser des Feuerwerkslaboratoriums, namens Otto, ein zwanzigjähriger Mann. Demalß wurde lediglich festgestellt, daß er abends in einer Restauration gewesen war, wo er mit Kollegen einen Streit hatte. Er entfernte sich, und gleich darauf die anderen. Am Dienstag ist nun die Leiche Otto's im Festungsgraben gefunden worden; am Mittwoch wurde sie in Gegenwart jener Personen, die mit ihm den Streit gehabt, obducirt. Die Behörde hält es nicht für ausgeschlossen, daß an Otto ein Verbrechen begangen ist. Es finden in der Sache fortgesetzt Vernehmungen statt.

In die Spree ist am Mittwoch Nachmittag 2 Uhr der 52jährige Schuhmacher Orlovski gesprungen, der Steinstraße 4 wohnte. Er wurde gerettet und einem Schuhmann übergeben.

Ein Fälscher von Monatskarten ist auf dem Bahnhof Friedrichstraße festgenommen worden. Der Thäter, ein Kaufmann M., hatte die mit schwarzer Stempelfarbe eingetragene Monatszahl „6“ in recht geschickter Weise beseitigt und dafür mit Tinte eine „7“ eingeschrieben. Die Fälschung ist in so vorzüglicher Weise ausgeführt, daß ihre Entdeckung nur durch Zufall gelang. Ob M. den Schwindel schon öfter betrieben hat, war nicht festzustellen.

Polizeibericht. Am 3. d. M. morgens wurde am Garten-Ufer, in der Nähe der technischen Hochschule, ein Mann mit zerstücktem Schädel todt aufgefunden. Es liegt offenbar Selbstmord durch Erschießen vor. Hinter dem Grundstück Stralauerstraße 58 sprang nachmittags ein Schuhmacher in der Absicht, sich zu ertränken, in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charitée gebracht. Am Alexander-Ufer wurde ein Kutscher durch ein fremdes Gefährt, welches durchging und gegen sein Fuhrwerk stieß, vom Bod geschleudert. Durch den Fall erlitt er erhebliche Verletzungen an den Knien. — In der Luisenstraße trieb ein betrunkenen Kutscher mit zwei scharf geschliffenen japanischen Schwertern Unfug und verletzte einen Droschkenkutscher, welcher dem Schuhmann bei der Entwarnung des Betrunkenen Hilfe leistete, erheblich an der Hand. — Im Laufe des Tages fanden sieben unbedeutende Feuer statt.

## Gerichts-Beitung.

Die Frage, ob die Krankentassen-Quittungsbücher amtliche oder Privat-Urkunden darstellen, hatte gestern das Schwurgericht am Landgericht II zu entscheiden. Die Strafkammer hatte in dem gegebenen Falle entschieden, daß die Fälschung von Krankentassen-Quittungsbüchern eine schwere Urkundenfälschung darstelle, hatte sich daher für unzulässig erklärt, und die Sache dem Schwurgerichte überwiesen. Der Maurer Reinhold Dühran hatte im Herbst vorigen Jahres die Maurerarbeiten an dem Hausbau des Gärtners Rudorf in Wlantenfelde übernommen und hatte für seine beiden Mitarbeiter — da er selbst als Arbeitgeber fungirte — die Beiträge für die „allgemeine Orts-Krankentasse für Jossen und Umgegend“ einzuziehen und abzuführen. Er hat nun in der Zeit vom 27. Oktober bis 17. November vorigen Jahres von den beiden Arbeitsgenossen die Beiträge mit 18 Pf. pro Mann während drei Wochen (also insgesammt 1,08 M.) eingezogen, diese Beiträge aber nicht an die Kasse abgeführt. Als das Arbeitsverhältnis gelöst wurde und er die Quittungsbücher herausgeben mußte, quittirte er selbst, indem er eigenhändig den Namen des Kassenrezeptors Krüger als Quittung in die offenen Rubriken schrieb. Er gab dies zu, bestritt aber den unrechtmäßigen Vortheil. Die Geschworenen nahmen nur einfache Urkundenfälschung (Fälschung einer Privat-urkunde) an, sie verneinten auch den unrechtmäßigen vermögensrechtlichen Vortheil, worauf das Urtheil nur auf drei Wochen Gefängniß lautete.

Charlottenburger Polizei-Akten. Dem Angeklagten, gegen den gestern vor der 140. Abtheilung des Schöffengerichts wegen Verleumdung des Kriminalkommissars Krause in Charlottenburg verhandelt wurde, sah man auf den ersten Blick an, daß er nicht zu denen gehörte, die begangenes Unrecht geduldig hinnehmen. Er erzählte dem Gerichtshofe, seine That sei darauf zurückzuführen, daß er den als Zeugen geladenen Kommissar Krause als denjenigen betrachte, der ihm zu zwei Jahren Zuchthaus wegen Meineides verurtheilt habe. Im Jahre 1893 wurde der Bildhauer W. als Zeuge in einer Verleumdungssache vernommen, in der auch der Zeuge Krause in amtlicher Eigenschaft thätig war. Wegen seiner Aussagen wurde dem W. der Prozeß gemacht, wobei K. wiederum als Hauptzeuge fungirte und das Ende war, daß W. eine zweijährige Zuchthausstrafe davontrug. Während er in Untersuchungshaft saß, verfaßte er eine Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft, worin er die Verfolgung des K. wegen wissenschaftlich falscher Aussage verlangte. Diese Eingabe bildet den Gegenstand der Anklage. Die Strafverfolgung ist, wie bemerkt sein mag, von der Staatsanwaltschaft und auf erhobene Beschwerde hin auch von der Oberstaatsanwaltschaft abgelehnt worden. Der Angeklagte hat sich, wie er in der Verhandlung bekundete, dabei nicht beruhigt, sondern ist selbst bei dem Justizminister vorstellig geworden; gegenwärtig schwebt, wie er sagt, das Meinungsverschieden gegen Krause noch. Wie er weiterhin versichert, sind alle Anstalten getroffen, um ein Wiederaufnahmeverfahren in der Sache, wegen der er verurtheilt wurde, zu ermöglichen.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft gab selber zu, daß dem Angeklagten der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zur Seite stehe, nur wegen der Form der Kritik in der gedachten Beschwerde — es sind dort einige scharfe Ausdrücke enthalten — wollte er eine Bestrafung herbeigeführt wissen. Wiederholt versuchte der Vorsitzende des Gerichtshofes dem Angeklagten begreiflich zu machen, daß eine eventuelle Unrichtigkeit in den Aussagen des Zeugen Krause darum nicht schwer ins Gewicht falle, weil derselbe sich immer referirend verhalten, sich jedesmal auf seine Polizeialten berufen habe. W. erwiderte: „Diese Akten hat er ja selber geschrieben!“ — Auf einen Monat Gefängniß lautete das Urtheil des Gerichts (Staatsanwaltschaftsbescheid vom 2. d. M.).

Man billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu, weil er sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen und in verzweifelter Aufregung im Untersuchungsgefängnis befunden habe. Nur weil er sein Urtheil über die Handlungen des Kriminalkommissars in unzulässiger Form abgegeben, sei eine Strafe eingetreten. Wie man hört, hat der Bildhauer W. Berufung eingelegt.

**Vom herrlichen Kriegsheer.** Im „Magdeburgischen General-Anzeiger“ erschien am 27. April d. J. unter der Rubrik „Sprechsaal“ ein Artikel, der darüber Beschwerde führte, daß das Militär durch geschlossene Marschirten den Straßenbahnverkehr arg behindere. Es hieß auch, daß das Militär sich ebenso gut den polizeilichen Vorschriften für den Straßenverkehr zu fügen hat, wie jeder andere, und daß die Pferdebesitzer zu überhandnehmender Offiziere und Unteroffiziere namhaft machen und sie mittels Bestrafung ihren Vorgesetzten anzeigen sollten. Der Artikel schloß mit den Worten: „Man muß es dem Militär immer wieder klar machen, daß dasselbe lediglich für das Publikum vorhanden ist, und nicht umgekehrt. Daß das Publikum die Soldaten bezahlt und ihnen somit die Existenz überhaupt möglich macht, und daß daher also jeder Soldat, selbstverständlich auch jeder Offizier in jedem Range, ein Angestellter des Publikums ist, der diesem, als seinem Brotherrn, auch dementsprechend zu begegnen hat. In Form sowie Inhalt desselben wurde eine Beleidigung der in Magdeburg garnisonirenden Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des 4. Armeekorps erblüht und deshalb der Redakteur des „General-Anzeigers“, Jean Schweiler hier selbst, sowie der Verfasser des Artikels, Dr. Hans K. von hier, jetzt in Weiblich, unter Anklage gestellt. Schweiler will für den Theil seines Blattes, der unter dem Namen „Sprechsaal“ erscheint, nicht verantwortlich sein. Da derselbe dazu diene, den Abonnenten Gelegenheit zur gegenseitigen Aussprache zu geben und jeder seinem Manuskript den vollen Namen, sowie Adresse beifügen müsse, um selbst die Verantwortung zu tragen. Die Redaktion sehe die Einsendungen nur daraufhin an, ob sie für die Öffentlichkeit taugen, im übrigen werde in unparteiischer Weise alles aufgenommen. Dr. K. giebt zu, daß er den Artikel verfaßt habe, weil er die darin geschilderten Zustände vielfach selbst bemerkt habe. Besonders sei es ihm aufgefallen, daß auf Brücken und in engen Passagen kleine Abtheilungen von 12 bis 18 Mann in geschlossener Kolonne, 6 Mann breit, marschirten und den Verkehr störten. Dies letztere wird durch Zeugen bestätigt. Der Direktor der Pferdebesitzer behauptet, durch dergleichen würde die Trambahn tagtäglich im Verkehr behindert. Zuletzt tritt ein Zeuge, Bürger in gelehten Jahren, mit dem gedrohenen rechten Arm in der Hand auf und erzählt, wie er zu der Verlesung gekommen sei. Er sei am 22. Mai d. J. auf der Chaussee am Ringer mit seinem Rad entlang gefahren, denselben Weg hätten einige Wagen genommen, auf dem übrigen Theil des Weges sei Infanterie heranzugemarschirt. Es sei nur ein kleinerer Trupp gewesen, den ein Lieutenant führte. Er — Zeuge — sei bis dicht an die Böschung herangefahren, weil das Militär seinen anderen Platz frei ließ, aber auch dahin seien drei Männer gefolgt und einer habe ihn mit seinem Rad in den Graben gekippt. Er sei wieder herausgetreten, habe dem Lieutenant seinen gedrohenen Arm gezeigt und habe ihm Vorstellungen gemacht. Der Offizier habe bedauert, die Schultern gerückt, der Trupp sei weiter marschirt und habe ihn hilflos liegen lassen. Die Soldaten hätten nichts gethan als über ihn gelacht. Nach einiger Zeit sei ein Ziegelmeister gekommen und habe ihm Hilfe gebracht. Später hat sich der Zeuge an den Obersten des Infanterie-Regiments Nr. 66 gewendet. Der habe gleichfalls den Vorfall bedauert, aber erklärt, Leute seines Regiments hätten zu jener Zeit dort nicht geübt. Auf Grund des Beweisergebnisses fand der Gerichtshof eine Beleidigung des Militärs in der Behauptung, dasselbe übertrete die für sie bestehenden Polizeiverordnungen, was eine nicht erweisliche wahre Thatsache sei, da die Truppen sich derartigen Verordnungen nicht zu fügen brauchen. Ferner in dem Nachsatz, der das Militär gewissermaßen als Dienstboten des Publikums hinstelle. Das Urtheil lautete gegen Schweiler auf 20 M., gegen Dr. K. auf 50 M. Geldstrafe und auf Publikationsbefugnis für die Beleidigung in dem „Sprechsaal“ des „General-Anzeigers“. Die Strafe ist so gering bemessen, weil anerkannt werden mußte, daß sich Mißstände, wie die in Rede stehenden, wirklich ereignet hätten.

**Aus Hamburg** wird uns vom 4. Juli berichtet: Am 10. Oktober v. J. wurde der damalige verantwortliche Redakteur des „Hamburger Echo“, C. Heine, vom Hamburger Schöffengericht wegen Verleumdung des Rhederei Ad. Wörmann zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Gegen dies Erkenntnis, dessen Strafbüße domit begründet wurde, daß Wörmann selber Reichstags-Abgeordneter gewesen sei, legte Heine Berufung ein. Deshalb wird heute die Sache nochmals vor der Strafkammer II des Hamburger Landgerichts verhandelt. Es handelt sich um folgendes: In den Nummern 23 vom 27. Januar v. J. und 282 vom 1. Dezember 1893 des „Hamburger Echo“ wurde der Hamburger Firma Wölber und Brohm vorgeworfen, sie habe Sklavenhandel getrieben und die Rhederei Wörmann wurde beschuldigt, diesen Sklavenhandel dadurch begünstigt zu haben, daß sie die von Wölber und Brohm verhandelten Sklaven von Whya nach Vana am Kongo durch ihren Dampfer „Professor Wörmann“ transportirt und sich dadurch der Beihilfe zu einer strafbaren Handlung schuldig gemacht habe. In der damaligen Schöffengerichtsverhandlung hatte Wörmann erklärt, daß seine Rhederei von Wölber und Brohm die Kommission übernommen habe, freie Arbeiter zu transportiren. Es sei die Ordre gegeben, daß nur freie Arbeiter an Bord der Wörmann-Dampfer genommen würden. Wenn wirklich die Firma Wölber u. Brohm Sklavenhandel getrieben habe, so wisse jeder noch seine Angestellten etwas davon. Aber er halte die Handlungsweise der genannten Firma nicht für Sklavenhandel. Die schwarzen Arbeiter seien Kriegsgefangene des Königs Behanzin von Dahomee und als solche dem sicheren Oxydote verkauft gewesen, wenn sie nicht von Wölber u. Brohm losgekauft worden wären. Von den damals als Zeugen vernommenen Wölber u. Brohm wurde bekundet, daß die Schwarzen als freie Arbeiter von der Kongo-Eisenbahn durch ihre, der Firma Wölber u. Brohm, Vermittlung engagirt seien. Die Kontrakte seien ordnungsgemäß vor dem deutschen Konsul vollzogen und von den Schwarzen selbst durch Kreuz unterzeichnet. Der damalige Schiffsarzt des „Professor Wörmann“, Dr. Hennicke, der kommissarisch als Zeuge vernommen war, hatte seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß man die transportirten Schwarzen nicht als freie Arbeiter ansehen könne, sondern als Sklaven bezeichnen müsse. In Ketten seien sie an die Küste gebracht, in Ketten hätten sie zusammengepackt in einer Hütte gelegen und nur auf sein dringendes Ersuchen seien den halbverhungerten und entkräfteten Leuten vor der Unternehmung durch ihn die Ketten abgenommen worden. Da vom Gericht damals angenommen wurde, daß allerdings gegen Wölber u. Brohm vieles vorgebracht sei, daß den Verdacht nahe lege, diese Firma treibe in der That Menschenhandel, so sei doch nicht im geringsten bewiesen, daß der Kläger Wörmann davon irgendwelche Kenntniß gehabt habe. Daher das Urtheil, und wegen der hohen Stellung des Klägers, der früher Reichstagsabgeordneter gewesen sei, die Höhe der erkannten Strafe! In der heutigen Verhandlung kommt durch die Bemühungen des Landgerichts-Direktors Dr. Niede ein Vergleich zu stande. Danach verpflichtet sich Heine, innerhalb 8 Tagen folgende Erklärung im „Echo“ abzurufen: „Ich nehme hiermit die in dem inkriminirten Artikel des „Hamb. Echo“ Nr. 282 vom 1. Dezember 1893 gegen die Person des Herrn Adolf Wörmann erhobenen Beschuldigungen: derselbe habe Sklavenhandel betrieben und die Schiffe der durch ihn vertretenen Rhederei zur Beförderung von schwarzen Sklaven wissentlich

hergegeben, wodurch er sich der strafbaren Theilnahme oder Beihilfe am Sklavenhandel schuldig gemacht habe, als unbegründet zurück, und spreche Herrn Ad. Wörmann gegenüber mein Bedauern aus, solche Beschuldigung erhoben zu haben.“ Außerdem trägt der Besagte die Kosten des Rechtsfreis. — Wie aus dem Wortlaut der Erklärung hervorgeht, ist damit nichts anderes gesagt, als daß die Person Adolf Wörmann nicht von der traglichen Sache geküßt habe, sondern die damals im „Echo“ erhobenen Beschuldigungen im vollen Umfange aufrecht erhalten. — In der gestrigen Verhandlung des Schöffengerichts wurde der Landmann Vornemann, der im Januar 1894 wegen Meineids zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt worden war, im Wege der Wiederaufnahme des Verfahrens kostenlos freigesprochen. W. hat mehrere Wochen in Haft gesessen und ist später nur gegen Kaution freigelassen. — Am Sonnabend, den 6. Juli, findet vor dem Schöffengericht in Altona ein Konstruktionsfall statt. Angeklagt sind 88 Frauen und Mädchen aus Ottenfen wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes. In dem von den Angeklagten gebildeten Verein sollen politische Angelegenheiten verhandelt worden sein.

## Gewerkschaftliches.

**Achtung, Bureau-Angestellte!** Heute, Freitag, den 6. Juli ex, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44, eine öffentliche Versammlung statt, in der Frau Jhrer über die Aufgaben, welche den Bureau-Arbeitern und Arbeiterinnen im Kampfe um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen erwachsen, referiren wird. Außerdem findet die Neuwahl des Delegirten zur Gewerkschaftskommission statt. Kollegen, setzt Eure Ehre darin, in der Versammlung nicht zu fehlen und Sorge in jeder das für, daß die in seinem Bureau beschäftigten Kolleginnen gleichfalls an der Versammlung theilnehmen, damit auch diese endlich aus ihrem Indifferentismus aufgerüttelt werden. Die Agitationskommission. J. A.: J. Schulz.

### An die Tabakarbeiter Berlin und der Umgegend!

Aus Anlaß der bis jetzt gescheiterten Abwehr der drohenden Mehrbelastung der Tabakindustrie haben die Tabakarbeiter ein „Siegessfest für die gesammte Tabakindustrie“ projekirt, welches am Montag, den 15. Juli in der Brauerei Friedrichshain (fr. Lips) abgehalten wird. Das Komitee erwartet, daß die gesammten Tabakarbeiter sowohl, wie die gesammten Vertreter der Tabakindustrie sich an diesem Feste betheiligen werden, umso mehr als der Reinertrag den Invaliden der Arbeit zu gute kommen solle. (Näheres über Programm etc. siehe Inserate.) Einladungen sind zu haben in allen mit Plakaten belegten Zigarren- und Rohabakhandlungen und auf allen Zählstellen; ferner bei Louis Dehann, Außenplatzstr. 24, H. Herbolz, Brunnenstr. 189, C. Wutny, Straßburgerstr. 17, J. Frank, Brunnenstr. 184 und J. Palis, Neue Schönhauserstr. 14. Die Kommission.

Die traurige Lage der Handwerker in Berlin und den umwohnenden Ortschaften ist durch die mehrere Jahre andauernde Geschäftstodung und die öfteren Lohnreduzierungen fast bis zur Verzweiflung gestiegen. Schon im vorigen Jahre versuchten die Berliner Webergesellen, in der Hoffnung auf eine bessere Geschäftskonjunktur, eine Aufbesserung der Löhne um 50 pCt. durchzusetzen. Leider ist diese Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen. Statt einer Lohnaufbesserung wurden die Löhne fortgesetzt weiter reduziert. Diese Thatsache gab nunmehr dem Vorstand des Bundes deutscher Weber, Birker- u. Innungen Veranlassung, bei dem Berliner Einigungsamt für Weber und Birker, welches seinerzeit von dem Gewerberath v. Stälpnapel ins Leben gerufen wurde und von Arbeitgeber und Arbeitnehmern zusammengefaßt ist, um die Vermittlung zur Aufbesserung der Löhne vorstellig zu werden. Demzufolge hat eine Sitzung am 1. Juli stattgefunden, in welcher die Nothlage allgemein anerkannt wurde. Die Lohnfrage betreffend erklärten die Arbeitgeber, einer mäßigen Lohn-erhöhung nachkommen zu können, jedoch seien sie nicht in der Lage, auf ihre Kollegen außerhalb des Einigungsamtes einen Einfluß ausüben zu können. Sie stellten es den Webern anheim, sich ihrerseits zu vereinen und ihre Forderungen geltend zu machen, die gegenwärtige Lage des Geschäfts gäbe der Forderung Raum, eine Aufbesserung zu erzielen. Gleichzeitig ist den Webern die Zusicherung gemacht worden, zu einem später einzuberufenden Kongress deutscher Weber, in welcher die Lohnfrage durch fest normierte Tarife geregelt werden soll, eine Beihilfe zu theil werden zu lassen.

## Versammlungen.

**Zweiter Berliner Reichstags-Wahlkreis.** Eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins, die am 3. Juli in Gohmann's Saal, Kreuzbergstr. 48, stattfand, setzte die Beratung über Statutenänderung zwecks Reorganisation des Vereins fort und schaffte endlich diese leidige Streitfrage, welche seit zwei Jahren die Gemüther der Parteigenossen des Kreises bewegt, aus der Welt. Die Erläuterung des vom Vorstande nochmals revidirten Statutenentwurfs, der jedem Versammlungstheilnehmer gedruckt vorlag, hatte Genosse Karl Behrend übernommen, welcher sein Referat mit der sehr treffenden Bemerkung einleitete, daß der Wahlverein des zweiten Kreises zum Spott werde, wenn die Frage der Reorganisation in dieser Versammlung nicht endlich zur Erledigung komme. (Zustimmung und Widerspruch.) — Von einer Generaldiskussion des Entwurfs wurde auf Antrag des Genossen Richard Fischer Abstand genommen und sofort in eine Spezialdiskussion der einzelnen Paragraphen eingetreten. Ein Antrag Nikolai, bei § 1 (Zweck und Aufgaben des Vereins) die Errichtung einer Bibliothek, als dritten Punkt einzufügen, wurde von Schöpflin und Ding unter Hinweis auf die Gewerkschafts-Bibliotheken bekämpft und schließlich abgelehnt. Die Paragraphen 1, 2 und 3 des Entwurfs gelangten zur fast einstimmigen Annahme. Der Paragraph 4 bildete den eigentlichen Streitpunkt; er enthält die Bestimmung, daß der Wahlkreis in 64 Bezirke getheilt wird, für welche der Vorstand je einen Bezirksführer ernannt. Die Opposition verlangte hingegen die Wahl derselben in Vereins-, resp. Generalversammlungen, will aber dem Vorstand das Vorschlagsrecht einräumen. Nach Nikolai's Ansicht genügt 39 Bezirksführer. Redner stellte einen dahingehenden Antrag. Behrend verlangt noch Einführung von Zahlwahlen. Fischer, Stadthagen, Antrich und Schöpflin erklärten in den Zahlwahlen eine Schwächung der Vereinsversammlungen. Die Anträge von Nikolai und Behrend wurden abgelehnt, dagegen ein Antrag angenommen, der besagt, daß den Mitgliedern eines jeden Bezirkes überlassen bleibt, sich nach dem ersten Vierteljahre ihren Bezirksführer selbst zu wählen, der dann vom Vorstande zu bestätigen ist. Mit kleiner redaktioneller Änderung gelangte § 4 des Entwurfs dann zur Annahme, dergl. ohne Debatte die §§ 5, 6, 7, 8 und 9. Längere Diskussion zeitigte § 10, der bestimmt, daß Statutenänderungen nur von einer Generalversammlung mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden können. Nach Annahme dieses Paragraphen ersuchten Greiffenberg, Schrader und Nikolai ihre Freunde, da ihre Ansichten nicht durchgedrungen wären, gegen den Gesamtentwurf zu stimmen; von Woldersky und Hansen, deren Ansichten sich mit dem Entwurf ebenfalls nicht decken, wurde ihnen aber bedeutet, daß ein derartiges Verhalten sehr ungeschickt sei und dem demokratischen Prinzip in keiner Weise entspreche. Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen erklärten sich 167 Mitglieder für, und nur 89 gegen den Entwurf. Fischer erachtete es als selbstverständlich, daß nach unumkehrter Annahme des neuen Statuts der Vorstand sich in der nächsten Zeit einer Neuwahl unterziehe. Zum Schluß verlas der

Schriftführer Scholz das Ergebnis der Verfassungskonferenz. Der Verein zählt 872 Mitglieder, von denen 64 ihren Wohnsitz in anderen Reichstags-Wahlkreisen haben. Dem Verein gehören an: Tischler 136, Maurer 50, Bau- und Handarbeiter 56, Schuhmacher 46, Schriftsetzer und Buchdrucker 43, Zimmerer 37, Schlosser 87, Schankwirthe 35, Gärtler 32, Schneider 26, Maler 23, Kaufleute und Handlungsgehilfen 20, Metallarbeiter und Drucker 17, Klempner 19, Tapezierer 16, Steinmetzen 15, Packer und Hausdiener 15, Schriftsetzer 14, Former 13, Brauer 12, Buchbinder 11, Metallarbeiter 11, Zigarrenarbeiter 10, Lötzer 9, Mechaniker 9, Heizer und Maschinenisten 8, Stein- und Lichtdrucker 9, Drechsler 8, Sattler und Lederarbeiter 8, Händler 6, Stuckateure 6, Schmiede 6, Metallschleifer 6, Xylographen 6, Vergolder 5, Bäder 5, Bureau-Angestellte, Bildhauer 5, Kellner 4, Böttcher 4, Barbier 3, Zeitungsspediteure 3, Ladierer 2, Gutmacher 2, Uhrmacher 2, Glaser 2, Steinträger 1, Goldschmied 1, Marmorarbeiter 1, Stellmacher 1, Kürschner 1, Puzer 1, Goldarbeiter 1, Gärtner 1, Dachdecker 1, Rohleger 1, Bifeure 1, Instrumentenmacher 1, Graveure 1, Stodarbeiter 1, Bürstenmacher 1, Korbmacher 1, Handschuhmacher 1, Schriftsteller 4, Redakteure 3, Doktoren 2, Betriebsaufseher 1, Zeichner 1, Rentier 1, Tanzmeister 1, Drehorgelspieler 1, und ohne Angabe des Berufes 24.

Der Verband der Sattler tagte am 22. Juni. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Mitgliede Sühr einen warm empfundenen Nachruf. Zur Erledigung stand zunächst die Wahl eines Schriftführers, mit welchem Amt das Mitglied Siebler betraut wurde. Hierauf sprach Genosse Sassenbach in einem interessanten Vortrag über die Währungsfrage, worauf nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten der Schluß der Versammlung eintrat.

Die Fiskale III der Dekateure hatte am 30. Juni eine Versammlung einberufen, in der Genosse Wagner in einem interessanten Vortrag über das Thema: „Der Massenkampf der Arbeiter“ sprach. Bei Erledigung der Vereinsangelegenheiten wurde von einem Redner gegen das Mitglied Pagels der Vorwurf erhoben, daß er nicht die Interessen der Arbeiter vertrete, und deshalb aus dem Verein ausgeschlossen werden müsse. Besonders beschwerte sich der Redner über die Arbeitszeit, die in der Fabrik von Heise oft bis zu 14 Stunden ausgedehnt werde. Dieser unter den Arbeitern allgemein empfundene Uebelstand wurde von dem Werkführer Pagels noch begünstigt. Die Versammlung lehnte das Verlangen des Redners ab und wird sich in der nächsten Versammlung nochmals mit der Angelegenheit beschäftigen.

Der Verein der Rüstmacher verhandelte in seiner Sitzung am 30. Juni über die Aufstellung eines Lokaltarifs. Der ausgearbeitete Entwurf wurde von der Versammlung angenommen und soll nunmehr dem Druck übergeben werden. Sodann beschloß man, die Sperre über die Werkstatt von Martin aufzuheben. Für die freitenden Lötzer bewilligte die Versammlung 50 M. Unterstützung.

Die in der Mühlenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am 1. Juli im Lokale von Buske, Grenadierstr. 33, eine öffentliche, nur mäßig besuchte Versammlung ab. Der Referent Peters besprach eingehend die Verhältnisse in der Mühlenbranche, insbesondere schilderte er die Zustände bei der Firma B. Thörner. Nach einer längeren Debatte, an der sich auch einige Hausindustrielle beteiligten, fand eine Resolution Annahme, in welcher den Arbeitern der Anschluß an die Organisation empfohlen wird.

Eine zweite Versammlung tagte in Cohn's Festsaal in der Beuthstraße. Zu dieser Versammlung waren die Arbeiter und Arbeiterinnen der Pelzbranche eingeladen. Vor einer zahlreichen Zuhörerschaft erörterte hier Regge die Arbeitsverhältnisse in der Kürschnerbranche. Besonders waren die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firmen S. Citoon, Grub, J. Gerson, B. Mannheim, Gebr. Singer und Kautannowitz zum Besuch der Versammlung aufgefordert. Neben manchen Uebelständen, die aus den genannten Geschäften zur Sprache kamen, ist es vorwiegend die lange Arbeitszeit, die zu Beschwerden Anlaß giebt. Am Schluß der Versammlung ließen sich mehrere Theilnehmer in die Organisation aufnehmen, und stimmte man sodann der Resolution zu, die zum Beitritt in die Organisation auffordert.

Charlottenburg. Am 29. Juni tagte hier eine Versammlung der Metallarbeiter. Das Referat hatte Genosse Rätber übernommen, der seinen Zuhörern in treffender Weise die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes schilderte. Seine Aufforderung zum Anschluß an die Berufsorganisation fand in der Diskussion von den einzelnen Rednern lebhafteste Unterstützung. Da weitere Gegenstände zur Verhandlung nicht vorlagen, so erreichte die Versammlung gegen 11 Uhr ihren Abschluß.

**Zentral-Verein der Bureau-Angestellten Deutschlands.** Freitag, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44: Öffentliche Versammlung. Vortrag der Frau Jhrer: Welche Aufgaben erwoischen den Bureau-Arbeitern und Arbeiterinnen im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Bericht und Neuwahl des Gewerkschaftsdelegirten. **Arbeiter-Gilddenkmal.** Freitag, Abends von 7—8 1/2 Uhr: Festliche Versammlung. Nord-Schule, Müllerstr. 172 a: Gedächtnisfeier des 19. Jahrestages der Revolution des Jahres 1904. Entzündung des Sozialismus und der politischen Parteien Deutschlands. S. A. O. S. A. 14. Waldemarstr. 14: Deutsch (Literatur). Bei allen Unterredungen werden neue Theilnehmer, Damen und Herren, jederzeit aufgenommen.

## Eingelassene Druckschriften.

Der Sozialdemokrat. Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuthstraße 2). Anzahl der Nr. 37: Wochenchau. — Die sozialistische Welt und das Wahlfest in Italien. Von Filippo Turati. — Wie die Unternehmern beugt werden. — Die Generalkommission der Gewerkschaften. — Was ist Recht? (Aus dem Entwurfsentwurf eines Sozialisten). — Parteiprogramm. — Wie man uns behandelt. — Lohnliste. — Vermittlungs. — Hierarchien. — Die Arbeiter und die Währungsfrage. — Die Lage des Verbands der deutschen Buchdrucker. — Arbeitsorganisationen.

## Vermischtes.

**Vier Arbeiter vergiftet.** Ueber ein entsetzliches Unglück in der Siemens'schen Glasfabrik bei Böhla wird uns aus Dresden gemeldet: In der Fabrik von Siemens werden für die Arbeiter sogenannte „Magenbitter“, eine Essenz, welche die bei den Glühöfen arbeitenden Leute erfrischen soll, gehalten und unentgeltlich an dieselben abgegeben. In der Nacht zum Mittwoch ließen sich die Arbeiter Pawelski, Kellnerich, Teichmann und Otto von dem Portier „Magenbitter“ anshändigen, doch kaum hatten sie einige Tropfen getrunken, als auch alle vier erkrankten und sich in Schmerzen windend auf dem Boden wälzten. Noch vor Eintreffen hinzugerufener Ärzte starben Pawelski, Kellnerich, beide verheirathet und Familienväter, während Teichmann und Otto in dem Dresdener Stadttrankenhause, wohin sie geschafft wurden, sich bald so weit erholten, daß sie sich außer Gefahr befinden. Der Portier, sowie auch der Drognist, welcher die Tropfen verkauft hat, sind gestern verhaftet worden.

## Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine gewisse (wohl verschlossene oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

In Rechtsangelegenheiten wird ausschließlich am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7 bis 8 Uhr abends Auskunft ertheilt.

**Papst.** Mittheilungen über Ausfälle finden nur dann Aufnahme, wenn sie von den Leitern der Gewerkschaften eingekandt werden.

## Briefkasten der Expedition.

Warnh, Kolbergerstraße. Inserate kosten 18 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
 Freitag, den 5. Juli.  
**Neues Theater.** Zulu-Logo.  
**Schiller-Theater.** Die Augen der Liebe. Einer muß heirathen.  
**Alexanderplatz - Theater.** Verbotene Liebe.  
**National - Theater.** Im Irrenhause.  
**Theater hinter den Linden.** Mit Seligkeit.  
**Apollo - Theater.** Ein Abenteuer in Harlem.  
**Friedr.-Wilhelmstädtischer Park.** Gastspiel der französischen Pantomimen-Gesellschaft Leonardy.  
**Flora-Charlottenburg.** Fidelio.

**Schiller-Theater**  
 (Wallner-Theater)  
 Freitag, abends 8 Uhr: Augen der Liebe. Einer muß heirathen.  
 Sonntags, abends 8 Uhr: Augen der Liebe. Einer muß heirathen.

**National-Theater.**  
 Große Frankfurterstraße 182.  
 Direktion: Max Samst.  
**Im Irrenhause.**  
 Sensations-Schauspiel mit Melodramen in 5 Akten und 8 Bildern von S. S. Hegler Max Samst.

1. Bild: Zwei Hallunken. 2. Bild: Ein tiefes Geheimniß. 3. Bild: Der Rächer. 4. Bild: Die Geheimnisse des Irrenhauses. 5. Bild: Ein Verräther. 6. Bild: Der Plan des Tödsch. 7. Bild: Die Tochter des Verbrechers. 8. Bild: Der Giftmord.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
**Nationaltheater - Garten:**  
 Gr. Konzert u. Spezialitäten.  
 Auftreten des vollständig neuen Spezialitäten-Perfonsals.  
 Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Entree 20 Pf. Reservierter Platz 40 Pf.

**Reichshallen.**  
 Im prächtigen Garten (bei ungünstiger Witterung im Saal):  
 Täglich:  
**Humoristische Soiree** der Norddeutschen Quartett- u. Couplet-Sänger  
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Reservierter Platz 50 Pf. Sonntags: Anfang 7 Uhr.  
**Bon der Kanalfeier.**  
 Ensemblebesetzung.

**Kaufmann's Variété.**  
 Königstr., Kolonnaden.  
 Letzte Woche.  
**Humoristischer Abend** der Neumann-Bliemchen's Leipziger Sänger.  
 Neumann, Willh. Wolff, Horváth, Gipsor, Lemke, Földow und Ledermann.  
 Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
**Floh!**  
 (La Puce.)  
 Poese von Willh. Wolff.  
 Stürmischer Beifall.  
 Et is zum vieren!

**Passage - Panopticum.**  
 Täglich:  
**Retting** aus Feuersgefahr durch die Feuerwehr

**W. Noack's Sommer-Theater,**  
 Brunnenstr. 16.  
 Täglich:  
**Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Im Saale: Grosser Ball.  
**Die goldene Insel.**  
 Operette von Anton Anno.  
 Robert Hill, Liebersänger, Geschwister Horre, Durtischen, Clara Jordan, Klöckner, Coubrutte, Kappe-Trio, Quilibristen.

**Urania**  
 Anstalt für volksthümliche Naturkunde.  
 Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).  
 Geöffnet von 5-10 Uhr.  
 Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.  
 Näheres die Anschlagzettel.

**Friedrich-Wilhelmstädtischer Concert-Park**  
 25/26 Chaussee-Strasse 25/26.  
**Vollständig neues Programm.**  
 Gastspiel der französischen Pantomimen-Gesellschaft Leonardy.  
 Bettler-Quadrille.  
 Grand Cancan.  
 Grosser Lacherfolg.  
 Berlin amüsiert sich!  
 Theaterdirektor Heinrich Arthur Fraenkel.  
**Mini Diva**  
 die pikante Französin.  
 Entree 30 Pf.  
 Mittwoch, den 10. Juli 1895:  
 Grosses Wiener Praterfest.

**Volksgarten**  
 (ehem. Weimann's Volksgarten)  
 Gesundbrunnen. Badstr. 56.  
 Direktion: Max Samst.  
 Heute sowie täglich:  
**Grosses Konzert u. Theater-Vorstellung.**  
**Spezialitäten I. Ranges.**  
 Auftreten des Berl. Original-Komikers **Wilhelm Fröbel** und Franz Becke.  
 Chansonetten, Soubretten, Viederfänger, Luftgymnastik etc.  
 Täglich: **Familien-Saal.**  
 Kasseneröffnung 5 Uhr. — Anfang des Konzerts 6 Uhr. — Entree 20 Pf.  
 Pässe-partouts haben Gültigkeit.  
 Gebe den prächtigen Weimann'schen Volksgarten an Vereinen wochentags unentgeltlich ab.

**Ostbahn-Park**  
 Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Platz.  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Regie: R. Hintsche.  
**Garten-Concert** von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors W. Carlson's.  
 Anfang Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Wochentags 5 Uhr. Entree 15 Pf.  
**wofür ein Glas Bier verabreicht wird.**  
 Volksbelustigungen jeder Art. 4 Regelbahnen zur Verfügung.  
 Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.

**Ausstellung Italien in Berlin.**  
 Station Zoologischer Garten.  
 Heute, Freitag, den 5. Juli 1895:  
**Erster Familientag.**  
 Am heutigen Tage gewährt die Direktion, um vielfachen Wünschen des Publikums entgegenzukommen, **Kindern** in Begleitung Erwachsener **freien Eintritt** in die Ausstellung.  
 Entree 50 Pf.  
 Sonnabend, den 6. Juli 1895: **Vorkläufige Anzeige!**  
**Erste große venetianische Nacht**  
 mit zweiter Wiederholung der **Hochzeit zu Portici** im Jahre 1848.

**Schweizer Garten**  
 Am Königsthor. Am Friedrichshain.  
**Täglich:**  
**Theater. Spezialitäten. Ball.**  
 Entrée 30 Pig.  
 Volksbelustigungen aller Art. Für die Wochentage ist das Etablissement mit Vorstellung und Tanz an Vereine zu vergeben.



**Aktion-Brauerei Friedrichshain**  
 (Königsthor).  
 Heute Freitag:  
**Grosses Militär-Frei-Konzert.**  
 Programm unentgeltlich.

**Castan's Panoptikum.**  
**Das Bärenweib.**  
 Ein Flug durch die Luft!  
 Bestrafte weibliche Eitelkeit.

**Rixdorf** Ed. Wiersing's Restaurant, Garten und Ball-Salon.  
 Rueschbeckstr. 77. Hermannstr. 87.  
 Jeden Sonntag im Garten:  
**Gr. Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Im neu renovirten Saale von 4 Uhr ab:  
**Großer öffentlicher Ball.** 2 verdeckte Regelbahnen. Kaffeelücke stets geöffnet.  
 Meine Spezialitäten stehen den Vereinen zu Versammlungen, Festlichkeiten und bei Leihzügen zur Verfügung.

**Neues Club-Haus**  
 72. Kommandantenstrasse 72.  
 Jeden Sonntag: **GR. BALL.**  
 Empf. meine 4 Säle zu Festlichkeiten u. Versammlungen gratis. H. Ebert.

**Stempel-Fabrik**  
 Inschrift-Gravirung, Monogram, Thüschchild.  
 Datum und Marken-Stempel, Schablonen.  
**Vereins-Abzeichn.**

**L. Figner Handtuch-Verleih-Institut**  
 N.O. Neue Königstr. 17  
 Fernsprecher Amt 7 N: 2087.  
 Handtuch und Seife 10 Pf. per Woche

**Achtung! Filzschuharbeiter.**  
 Sonnabend, den 6. Juli 1895, im Elysium, Landsbergerger Alley 41-42:  
**Grosses Sommerfest**  
 arrangirt vom **Verein der Filzschuharbeiter u. Bernissen.** Berlin u. Umg.  
 bestehend in **großem Instrumental-Konzert**, ausgeführt von Mitgliedern der freien Vereinigung der „Zivil-Bernissen“; im Saale grosser Ball. Bilderverloosung. Bei eintretender Dunkelheit Kinder-Fackelzug, wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält.  
 Die Kaffeelücke ist von 8 Uhr an geöffnet. **10 Pf.**  
 Anfang 5 Uhr. **5 Pf.**  
 Das Komitee. J. A. C. Reinfeldt.

**Achtung! Charlottenburg. Achtung!**  
 Sonntag, den 7. Juli 1895: 54/16  
**Gr. Familien-Ausflug**  
 nach der Jungfernhaid.  
 Von vormittags 9 Uhr ab  
 Sammeln aller Teilnehmer in den schattigen Gärten der Restaurants „Zum Waldkater“ u. „Zum Hinkeldey“, Tegeler Weg (unmittelbar an der Haid).  
**Ausflug unter Begleitung einer Musikkapelle nach dem Walde event. bis „Haselhorst“.**  
**Veranstaltung von Spielen. Verloosung. Kinderbelustigungen. Wiedereinfuhr in die Restaurants.**  
 Von dort aus abends: **Gr. Kinder-Fackelzug.** Primarsch mit Musik. **Paarisch Bier** à Glas 10 Pf. — **Vorzügl. Weispier.** — **Tanz frei.**  
 Die Kaffeelücke ist in beiden Lokalen von 2 Uhr ab geöffnet. **10 Pf.**  
**Boose à 10 Pf., Kontrollkarten à 10 Pf.** sind nur bis Sonnabend in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben. **Die Vertragsausloosung.**

**Erdbeer-Bowle Pfirsich-Bowle**  
 frisch, ausgezeichnet à Flasche 60 Pf. inkl. 10 Pf. Mt. 5.50.  
 Johannisbeerwein, herb. Pf. 60 Pf. Desferwein, süß, Pf. 75 Pf.  
 Stachelbeerwein, ganz vorzüglich, Flasche M. 1.—  
**Echt Stonsdorfer Likör,**  
 à Str. 1.20, 5 Str. 5.50, 10 Str. 10.—, 50 Str. 47 1/2, 100 Str. 90.—  
**Echten alten Nordhäuser Str. M. 1.10, 5 Liter à M. 0.90.**  
**Berliner Getreide-Sümmel Str. M. 1.10, 5 Liter à M. 0.90.**  
**Simbeer, Kirsch, Johannisbeerfahst, vorzüglich, Str. 1.30.**  
**Medizin. Angarwein, beste Qualität, à Literflasche M. 2.10.**  
 Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin.  
**Eugen Neumann & Co.,** 6a, Belle-Allianceplatz 6a, 81, Neue Friedrichstr. 81, Oranienstr. 8, Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

**Hans Baake, Berlin S., City-Passage.**  
 In meinem Kommissions-Verlage erschien:  
**Fromme Brüder**  
 Neue Verse, gehalten und gesprochen vom **sanften Bruder Heinrich.**  
 82 Seiten mit Illustrationen ord. 10 Pf.  
 Ueberall zu haben!

**Hans Baake, Berlin S., City-Passage.**  
 In meinem Verlage erscheint als **Lieferungswerk:** 28452  
**Das Arbeiterrecht.**  
 Rechte u. Pflichten des Arbeiters in Deutschland aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag d. Unfall-, Kranken-, Invaliditäts- u. Altersversicherung. Mit Beispielen u. Formularen für Klagen, Anträge, Beschwerden, Verurteilungen etc. Erläutert von **Arthur Stadthagen** früherem Rechtsanw. Mitglied des Deutschen Reichstages. **Bollband.** in etwa 12 Hefen. à 20 Pf. **Alle 14 Tage** erscheint ein Heft. **Das 1. Heft** erscheint heute Nachmittags 18. **Alle durch alle Parteibuchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsverkäufer zu beziehen.**

**Spezialität:**  
 Bruchbandagen aller Art (eignes Fabrikat), sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege empfiehlt **A. Reiche, Seydelstr. 15 am Spittelmarkt,** Lieferant f. Oris- u. Silis-Krankenkassen  
**Rohtabak.**  
 Grösste Auswahl! Billigste Preise  
**Lager in Formen, Bocklaugen.**  
**Heinrich Franck,**  
 Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.  
 Gangbare Destillation sof. verläufb.  
 Näheres Krautstr. 48. 1901b

**Möbel-Kaufgelegenheit.**  
 Zum Umzug passendste Gelegenheit für Brauleute, Hotels u. Wiedereinrucker. In meinem größten Möbelfeich, Neue Königstr. 59, vorn L. sollen sofort circa 150 Wohnungseinrichtungen, vertrieben gewesene u. neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große Gelegenheitskäufe zu fabelhaft billigen Preisen ist es mir möglich, schon ganze Wohnungseinrichtungen für 90, 120, 300 M. zu liefern, ebenfalls hochfeine Wirtschaften zu 1000 bis 5000 M., also billiger wie jede Konkurrenz. **Teilzahlung gestattet.** **Bestanden ohne Anzahlung, ohne große Preisverhöhung.** Kleiderspind 15, Kommode 9, Küchenspind 12, Stühle 2 Mark, neues Ausb. Kleiderspind 30, Wuschelspind 35 M., Bettstellen mit Matratzen, Reizhissen 18, Sophas 15 M., Säulen-Kleiderspind, hochlegant 66, Truemeubel mit Säulen 60 M., Eglinderbureau, Herrenschreibtische, Damenschreibtische, Schreibstühle 30, Büschgarnituren 60, neue 100 Mark. Paneelesopha, Chaiselongue, Salongarnituren, Portiären, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Mark. **Empfehle allen Herrschaften vor Einkauf von Möbeln mein entschieden größtes Möbellager zu beschichtigen.** **Gekaufte Möbel können sechs Monate kostenfrei auf meinen Aufbewahrungs-Speichern lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.**

**Bitte lesen Sie!**  
 Jedem Genossen, der seinen Bedarf an **Sommer-Valotots, Anzügen, Röcken, Jaquets, Hosen, Westen, Hüten, Stiefeln** etc., fernere **Betten, Wäsche, Waschkessel, Koffer, Schirme** billig und gut kaufen will, empfehle mein reichhaltiges Lager in alt u. neu.  
**A. Wergien,**  
 Schneidermeister und Parthiewaaren-Gändler,  
**127 Stalitzerstraße 127.**  
 Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt. Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

**Stettiner Sängers**  
 Maysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.  
 Täglich (außer Sonnabends):  
**Victoria-Brauerei**  
 Lützow-Strasse No. 111-112, nahe Potsdamerstr.  
 Im herrlichen Konzert-Garten, bei schlechtem Wetter im Saal.  
 Anfang 8 Uhr. — Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. und Familienbillets à 1 M. (für 3 Personen gültig), siehe Plakate. — **Neues, großartiges Programm!**

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

## Bezirks-Versammlung:

**Rosenthaler- und Schönhauser Vorstadt:** Montag, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Märtschel, Schönhauser Allee 28.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: „Berufskrankheiten mit besonderer Berücksichtigung der Holzarbeiter“. 2. Diskussion. 3. Wahl des Vorsitzers und eines Beiragsammlers. 4. Vereinsangelegenheiten.

Es ist Pflicht der Mitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kollegen folgender Werkstätten sind zu dieser Versammlung eingeladen: Sütgen & Gruns, Fehrbellinerstr. 14; Wolf, Fehrbellinerstr. 14; Fangau, Elsfasserstr. 51; Ruffin, Wollinerstr. 27a; Rißmann, Weissenburgerstraße 50.

## Parquetbodenleger-Versammlung

am Montag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, bei Schöning, Stallschreiberstrasse 29.

Tages-Ordnung: 1. Die Lohnabzüge bei der Firma Rosenfeld & Comp. Die Kollegen obiger Firma sind zu dieser Versammlung eingeladen.

## Sitzung der Ortsverwaltung

heute, Freitag Abend bei Schöning, Stallschreiberstrasse Nr. 29. Die Ortsverwaltung.

# Verband der Bauarbeiter u. Berufsg. Deutschl.

Zahlstelle Berlin.

## Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 7. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, im Stabliement „Süd-Ost“, Waldemarstraße 75.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1895. 2. Vortrag des Genossen Schöpllin über: Die Folgen der kapitalistischen Produktion und die bürgerlichen Volksbeglückter. 3. Diskussion. 4. Verbandsangelegenheiten. Neue Mitglieder werden daselbst aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

# Verein der Schäftebranche.

Sonnabend, 6. d. M., abends 9 Uhr, bei Herrn Wernau, Rosenthalerstr. 67.

## Versammlung.

# Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend. (Eing. Hilfskasse Nr. 118.)

## Außerordentliche Generalversammlung

am Sonntag, den 21. Juli, vorm. 10 Uhr, in Cohn's Festsaal (großer Saal), Benthstraße 20-22.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Kassierers vom 2. Quartal inkl. März 1895. 2. Revisionsbericht. 3. Abänderung des Statuts und zwar sind folgende Anträge der Versammlung vorzulegen: a) § 2 betreffend: Den Wirkungskreis der Kasse zu erweitern. — b) § 11, Absatz 2, Ziffer 2, hinter den Worten: bestritten hat, die Worte einzuschalten: so ist während der Dauer des Aufenthalts in demselben, aber nur auf die Dauer von 13 Wochen vom Beginn der Erwerbsunfähigkeit an gerechnet (mit Ausschluß der Sonntage) die Hälfte des ihm als Krankengeld festgesetzten Betrages für die Angehörigen zu zahlen. — c) § 18, Absatz 1, hinter den Worten: durch die ordentliche Generalversammlung die Worte einzuschalten: auf ein Jahr zu wählen ist. Wiederwahl ist zulässig. Derselbe u. s. w. — d) § 19, Absatz 3, ist zu streichen. — e) § 26: Stellungnahme zu den Publikationsorganen. 4. Verschiedenes und Kassenangelegenheiten. NB. Mitgliedsbuch legitimiert. Wir bitten noch ganz besonders den § 20, Absatz 1, Ziffer 2 des Statuts beachten zu wollen.

Der Vorstand. J. A.: Heinrich Mehlte, Oderbergerstr. 10.

# Glaser!

und verwandte Berufsgenossinnen und -Genossen.

Sonnabend, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Genossen Zubeil, Lindenstraße Nr. 106.

## Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag der Frau Emma Jhrer. Nachher: Geselliges Beisammensin und Tanz. Um pünktliches Erscheinen mit Frauen ersuchen Die Vertrauensmänner der Berliner Glaser.

## Zimmerer.

Sonntag, den 7. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Bergner, Annenstraße Nr. 16.

## Versammlung des Verbandes deutscher Zimmerleute und verwandter Berufsgenossen (Zahlstelle Berlin).

Tagesordnung: 1. Verschiedenes. 2. Vortrag des Genossen Timm über: Klassenkämpfe im Mittelalter. 3. Diskussion. In der Versammlung gelangen die Programme zum 13. Stiftungsfest zur Ausgabe und ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Der Vorstand.

## Achtung! Zimmerer. Achtung!

Sonntag, den 7. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Kummer, Berlinerstr. 55.

## Öffentl. Versammlung der Zimmerer Nordosts und Umgegend.

Tagesordnung: 1. Die Gewerkschaftsbewegung und deren Bedeutung. Referent G. Thoms. 2. Wie stellen sich die Zimmerer Nordosts zum Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

# Lager von Rathenower Brillen und Pincenez.

Bruchbänder, Leibbinden, Habelbandagen, Suspensorien, Korsetts, künstliche Arme und Beine, orthopädische Maschinen, Federn, darm- und Vorfal-Bandagen, Krücken, Stribelchen, Urinhalter, Hyster- und Mutterpflaster, Sphygmom., Irrigator, Inhalations-Apparate, Luft- und Wasserkränzen, Gummistrümpfe, Festunterlagen etc. empfehlen zu soliden Preisen

Müller & Co., Berlin S., Prinzenstraße 42, part. I.

Lieferanten sämtlicher Orts- und freien Hilfs-Krankenkassen. Eigene Werkstatt im Hause. Angehörige von Kassensmitgliedern erhalten Preisermäßigung.

Verantwortlicher Redakteur: J. Diehl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW. Benthstraße 2.

# Tischler-Verein.

Sonnabend, den 6. Juli, abends 9 Uhr, Reichthorstraße 15.

## Versammlung.

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten und Ausgabe der Billets zu der am 21. Juli stattfindenden Dampferpartie nach Neudorf bei Potsdam. Die Mitglieder werden auf § 8 des Statuts aufmerksam gemacht. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand.

Der Vorstand.

## Druckerkasse der Drechsler.

## Außerordentliche Generalversammlung

der Vertreter der Arbeitgeber Dienstag, den 9. Juli, abends 8 Uhr, Köpenickerstr. 100.

Tagesordnung: Erhöhung der Beiträge: der 1. Klasse um 6 Pfennig und dementsprechend prozentual die übrigen Klassen. Der Vorstand.

**Natur-Weine** von Oswald Nier Hauptgeschäft BERLIN. Chemisch untersucht garantiert rein und ungeschwächt. Nationalgetränk, weil sie die billigsten (verhältnismäßig billiger wie Bier) u. wie seit bereits 1876 allgemein und ärztlich anerkannt, die besten Freunde des Magens u. antirheumatisch sind. Preiscurant (Verbr. Behauptung u. bösh. Angriffe widerleg.) mit Preisrebus = (500 Liter gratis) auf schriftlichen Wunsch, sowie für meine Kunden in allen meinen Geschäften gratis u. franco erhältl.

**Sophastoffe** in Rips, Damast, Crêpe, Phantase, Gobelins und Plüsch spottbillig! Proben franko! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

**Fertige Kleider** zu sehr billigen Preisen. Fertiges Kleid aus sehr haltbarem Wolstoff in modernen Farben 15 M. Fertiges Kleid aus reinwooll. engl. Stoff, belichtes Strapsenkleid (Mod und Jaquet) 15 M. Schwarze Kleider in Crêpe u. anderen neuen Phantastoffen 20 M., 25 M. Schwarze seidene Kleider 40 und 50 M. Einzelne Röcke, schwarz und farbig, 8 M., 10 M. Fertiges Blusenkleid in d. neuesten Waschkloffen, beliebteste Neuheit, jezt 5,50 M. Großes Lager in Blousen, entzückende neue Morgenröcke in schönen Waschkloffen, stets großer Lager-Vorrath in allen Weiten, 3, 4, 6 M. Sielmann & Rosenberg, Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Achtung! Zahnerhalt, auch Theilzahl, wöchentl. 1 Mark. Gudel, Raupfer Platz 2, Elsfasserstr. 12.

Eisspinden, Dezimal- und Tafelwagen, sowie Milchgeschäfts-Utensilien. Jordan, Kleine Markusstr. 28.

Achtung! Achtung!

# Große Versammlung

der Kassenvorstände und Delegirten derjenigen Ortskassen, welche freie Arztwahl haben, oder mit dem Verein Berl. Kassenärzte Vertrag abgeschlossen haben am Freitag, den 5. Juli, abends 8 Uhr, im Böhmischen Brauhause, Landsberger Allee 11-13.

Tages-Ordnung: 1. Die freie Arztwahl. 2. Diskussion. Zur Deckung der Unkosten findet eine Teilersammlung statt. Die Beauftragten.

# Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 7. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr: Zwei gr. öffentl. Maurerversammlungen.

1. Bei Herrn Gründel, Brunnenstraße 188. 2. Bei Herrn Henke (fr. Reuz), Nauhustraße 27. Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Stellungnahme zur Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Die Vertrauensmänner der Maurer Berlins und Umgegend. 3. A.: Albert Schacht, Weberstr. 49.

# Verein der Bauanschläger

Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 7. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstraße Nr. 33.

## General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Statutenberatung. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Bericht der Kassenrevisoren. 4. Verschiedenes und Fragelasten. Der Vorstand.

# Zentral-Verband deutscher Maurer etc.

Zahlstelle Berlin I. (Putzer).

Sonntag, 7. Juli, vormittags 11 Uhr, in Cohn's Festsaal, Benthstr. 20.

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen H. Rohrlack: Arbeitslohn und Kapitaleinkommen. 2. Verbandsangelegenheiten. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Im Auftrag der örtlichen Verwaltung: Der Bevollmächtigte.

# Verein der Einseher (Tischler).

Sonntag, 7. Juli, vorm. 11 Uhr, Neue Friedrichstr. 44.

## Ordentl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassen- und Revisorenbericht. 2. Bericht der alten Arbeitsvermittlungskommission und Wahl einer neuen Arbeitsvermittlungskommission. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. Am 22. Juli findet eine Wasserpartie nach Friedrichshagen statt, wozu jeder freundlich eingeladen wird. Der Vorstand.

# Hanckel's Ablage, Käppel's Restaurant.

Großer Garten und Saal an Wald, Wasser und dicht an der Station gelegen, empfiehlt sich zu Ausflügen etc. Kaffeeküche. Gute Speisen und Getränke. Ausspannung.

# R. Buske (fr. Seefeldt), Säle und Garten-Restaurant,

Kaiser Wilhelmstr. 18 M u. Grenadierstr. 33. Täglich Houert. Säle und Vereinszimmer noch für mehrere gute Tage frei.

# C. Freund's Inselgarten

auf Pichelswerder. Empfehle allen Vereinen, Gesellschaften etc. mein idyllisch gelegenes Lokal zu Sommerausflügen. Dampfer-Frühstücks-Haltestelle. Bei Fremden wird Brückenrückgang vergütet.

# Bruchbandagen

aller Art (eigenes Fabrikat), sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege empfiehlt

# J. Ch. Pollmann, StraÙe 30.

Lieferant für Orts- u. Hilfs-Krankenk. Empfehle mein Schuhlager, führe nur gute Arbeit, kein Ramsch. Reparaturen billig. Müller, Schuhmachermeister, Schlesischestr. 3.

# Wo kaufen Sie eine gute Cigarre?

Bei Binneböse, Lausitzer Platz 1

Hausbaum-Möbel. Verzugshalber verkaufe auffallend billig Kleiderschrank, Vertikow, Bettstellen, Schlafsofa, Plüschgarnitur, Ausziehtisch, Regulatoren, Gardinen. K. Schulendorferstraße 18a, 1. Tr. rechtl. [1971b]

Alte Stiefel, gr. Ausw. Best. u. Reparatur, reell u. bill. Runge, Adalberstr. 86. [1961b]

Größeres Partilokal, Saal, zwei Regelbahnen, ist krankheitshalber zu verkaufen. Offerten unt. N. 9. an die Exp. des „Vorn.“, Benthstr. 8.

Bausellen, Ost-, Vorort, Pluthe von 5 Mark an, verkauft Toepfer, Andreasstr. 77, Laden. [1968b]

Milchgeschäft, 200 M., verzichte u. außerhalb, Miethe 300 M., zu verkauf. Sorauerstr. 22. [1966b]

Fischerei, 5 Bänke, sofort zu verk. Bruchner, Balliadenstr. 75. [1967b]

Arbeitsanzüge Brunnenstr. 113. Freundliche Hofwohnungen zum 1. Oktober zu vermieten: 2 Stuben, Küche, eigener Korridor etc. mit 92 Zhr. 1 Stube, Küche, gem. Korridor nebst Zubehör mit 72 Zhr. 2313b

Mühlentstr. 8, nahe der Oberbaum-Brücke.

# M. W. Walter

Börtherstr. 35 Eoko Hochmeisterstrasse 1.

Reinste Naturbutter 85, 90 u. 95 Pf. Reinstes Speiseelett 2 Pfund 75 Pf. Reinstes Speiseelett 2 Pfund 75 Pf. Reinstes Zucker 2 Pfund 45 Pf. Reinstes Apfelwein 1 Fl. 30, 2 Fl. 55 Pf. Sämtliche Mühlenfabrikate billig. Bestes Salon-Öel 1 Liter 19 Pf. Petroleum 1 Liter 17 Pf. 2850E

Wegen Todesfall gänzl. Ausverkauf. Junge Staare, Drossel 1 M., junge Dohlen 1,50 M. Frau Podtman, Bräuner Weg 65. 1858b

# Arbeitsmarkt.

Vereinen jeden Standes finden bei einer ersten Versicherungs-Gesellschaft gegen Fuzum und Spein sofort Anstellung. Bewerber müssen am hiesigen Plage bekannt sein. Nr. unter J. J. 10. 2848E

Knapplocharbeiterin auf Herrentragen verl. Schneiderstr. 283a D. 1 Zr. I

Dauffagung. 1974b Für die Vebelligung und die reichen Reanzpenden bei der Heerdigung meines lieben Mannes seitens der Freunde, Bekannten und Kollegen sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen. Wwe. Dahn.

Partihalle Aderstraße Grünfram. Genossen d. um Aufbruch Ottmann. \* Plättelker, 12., billig z. v. Franzstr. 10.

Schlafst. f. Schulm. u. Plaz Wohlertstraße 1a.

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die gestrige Gewinnliste der preuß. Lotterie bei.